

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Solidaritätspreis DM 3,-

**EIN MUTMASSLICHES FOLTERLAGER UND
SEINE FREUNDE — KANZLERKANDIDAT
STRAUSS — MODERATOR LÖWENTHAL
— WAFFENHÄNDLER MERTINS U.V.A.**

ARGENTINIEN: Montoneros gespalten — **BOLIVIEN:** Exil — **CHILE:** Nach dem »Plebiszit« — **KOLUMBIEN:** Massaker an Indianern — **MEXIKO:** Hungerstreik — **NICARAGUA:** Alphabetisierung — **WÜSTE**

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4
— CHILE: Pyrrhussieg für Pinochet?	4
— BOLIVIEN: Stabilisiert sich die Junta?	8
Abschied eines Exilierten	10
— NICARAGUA: Das Buch als Waffe	13
— HONDURAS:	15
— MEXIKO: Ein Tag in der Oper	16
Freiheit à la mexicana	19
— KOLUMBIEN: Blutige Repression gegen Indianergemeinschaft	23
II. HINTERGRUND	25
— CHILE: Gespräch mit einer Elendsviertelbewohnerin	25
— EL SALVADOR: Agrarreform	29
Programm der FDR	32
— ARGENTINIEN: Montoneros: Trennung und neue Linie	34
»Volk hat nicht immer recht«	38
Wirtschaftsnachrichten	39
III. SOLIDARITÄT	
Spendensammlung verboten	40
Asylsuche im Dom	41
Solidaritätsarbeit für Ecuador	42
Peleayo Rojas, toter Freund	43
WÜSTE	44

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 8 der

CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12.10.1980

Abo-Preis: DM 35,-

Zahlung nach Erhalt der Rechnung

Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«

PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108

Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

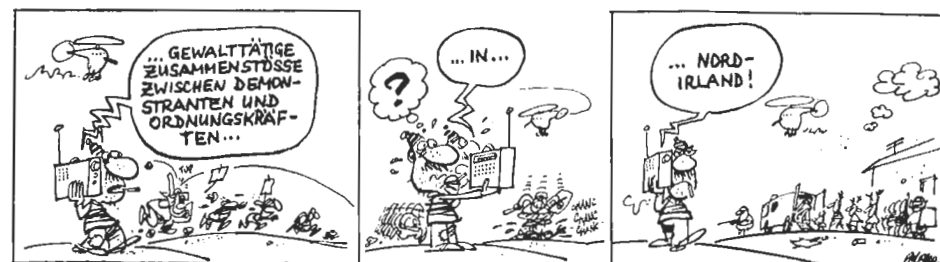
Tel.: 030/313 5065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-
theken und Institutionen im Bundesge-
biet über:con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Osterstr. 36, 2800 BremenDer Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Die bürgerlichen Medien der BRD schenken der Aktion von 100 Mitgliedern der El-Salvador-Solidaritätsgruppen, die am 26.9. im Kölner Dom um Asyl baten, kaum Beachtung (Siehe S. 41). Selbst Zeitungen in Mexiko hielten die Nachricht für wichtig genug, um abgedruckt zu werden. Die geringe Resonanz in den westdeutschen Medien zeigt erneut, wie schwer es in diesem Lande ist, gegen die herrschende Meinungsmache anzukommen. Nicht nur in diesem Fall sollten alle, die die Bemühungen des salvadorianischen Volkes mit Sympathie verfolgen, die Aktionen der Solidaritätsgruppen aktiv unterstützen. Für die bürgerlichen Medien ist auch Bolivien nicht mehr "aktuell" – um so wichtiger erwies sich daher die Arbeit der Solidaritätsgruppen CONADE. Der bolivianische Generalkonsul zeigt die Haltung, die man von den "christlichen" Domherren in Köln eigentlich erwarten könnte. Das skandalöse Verhalten des Ordnungsamtes der Stadt Bonn (Siehe S. 40) ist ein weiteres Beispiel des Gegensatzes zwischen den Erklärungen der Politiker und der Praxis der Bürokratie...

Diese Gegensätze geben sich auch in Lateinamerika – Mexiko ist da ein besonders leuchtendes Beispiel: verbal gibt sich die Regierung revolutionär – praktiziert wird hingegen eine konservative, repressive Politik (Siehe S. 16). Das Komitee für die Verteidigung von Gefangenen und Verschwundenen erlebt sehr plastisch die Auswirkungen "revolutionärer" mexikanischer Politik.



CHILE

Ein Pyrrhussieg für Pinochet?

Die Folge des 11. September 1980

Der Tenor der Berichterstattung über Verlauf und Ergebnis des "Plebiszits" am 11. September war in den bundesdeutschen Medien – von den wenigen bekannten Ausnahmen abgesehen – einheitlich.

Pinochet hatte, so registrierte man gewissermaßen achselzuckend, eine halbwegs korrekte Abstimmung mit deutlicher Mehrheit gewonnen. Seine Herrschaft, eine "konstitutionelle Diktatur", scheint also zum indet im Urteil der meisten westdeutschen Blätter und Radio/TV-Anstalten für die nächsten 8 bzw. 16 Jahre gesichert. Der Eindruck konnte (und sollte wohl in vielen Fällen auch) entstehen: ob wir wollen oder nicht, wir müssen noch eine gute Weile mit ihm auskommen – und nunmehr zähneknirschend unsere Geschäfte mit ihm machen. Das zufriedene Hände-reiben findet hinter verschlossenen Türen statt.

Die um den 11.9. in Santiago zahlreich anwesenden ausländischen Journalisten wurden, wenn sie nicht gerade im Zentrum der Anti-Pinochet-Sprechchöre standen, die sich nahezu täglich in der Innenstadt von Santiago zu spontanen Demonstrationen formten, von Behörden und offiziellen Stellen ausgesprochen zuvorkommend behandelt. Das liberale Image, das man sich so zu geben bemühte, verfehlte denn auch nicht seine Wirkung. Jochen Waldmann, Fernsehkorrespondent der ARD in Lateinamerika, war dafür – wieder einmal – besonders empfänglich. Obwohl die Carabineros, die er in seinen Berichten unverdrossen "Sicherheitskräfte" nennt, ihm einige Tage vor dem "Plebiszit" Lampe und Kamera zerschlugen, sein Kameramann von hinten festgehalten und getreten wurde, hatte er nur Lob über die Abstimmung zu melden, wußte also das eine vom anderen fein säuberlich zu trennen. Der MERCURIO druckte dieses Lob in seiner Ausgabe vom 12.9. neben anderen positiven Stellungnahmen ausländischer Beobachter als Beleg für die Korrektheit und Legitimität des Abstimmungsvorganges ab.

Wer den Betrug nicht sehen wollte, der konnte sich mühelos den Eindruck eines freien, geheimen und nicht manipulierten Wahlvorganges vermitteln lassen. Wer sich jedoch die Mühe machte, selbstständig und unabhängig durch möglichst viele Abstimmungslokale zu gehen, dem konnten, insbesondere bei der Stimmauszählung, Manipulationen erheblichen Ausmaßes nicht verborgen bleiben (eine von der Opposition vorgenommene Auswertung aller Beobachtungen kam zu dem Ergebnis, daß bei der Auszählung das Ergebnis um etwa 12 – 15%-Punkte zugunsten von Ja und zuungunsten von Nein manipuliert worden ist.)

Der positive Effekt des "Plebiszits" (ZT)

Für die Linke und die Opposition überhaupt (einschließlich Christdemokraten und sogar Teile der Rechten) hatte das "Plebiszit" einen vorher kaum für möglich gehaltenen Effekt. Es brachte die bisher in sieben Jahren größte Massenmobilisierung

gegen die Diktatur Pinochets zustande: die Aktivitäten der Parteien, der Gewerkschaften, der Jugend-, Studenten- und Elendsviertelorganisationen, die bisher vorwiegend im Verborgenen gediehen, zeigten sich mit wuchtiger Stärke nun in aller Öffentlichkeit. Man machte sich dadurch gegenseitig Mut und, was fast noch wichtiger war, man diskutierte miteinander unter einer positiven politischen Perspektive. Das Ergebnis war eine vorher nie erreichte Ebene der Einheit und der politischen Zusammenarbeit der oppositionellen Kräfte. Zum Abstimmungstag hatten die Parteien der Unidad Popular zusammen mit den Christdemokraten eine gemeinsame Kommission (comando único) gebildet, die die Überwachung der Stimmauszählung in Santiago organisierte. Die Zusammenarbeit funktionierte gut. Hier wurde der seit dem 27.8. – dem Tag der öffentlichen Protestveranstaltung im Teatro Caupolicán – immer wieder geäußerte Wunsch nach Einheit im Kampf gegen die Diktatur konkret.



Polizisten gehen gegen eine Protestdemonstration in Santiago vor

Die UP-Parteien hatten Anfang September in einer gemeinsamen Erklärung unter der Überschrift "KAMPFEN WIR VEREINT GEGEN DIE DIKTATUR" den Vorschlag des christdemokratischen x-präsidenten Eduardo Frei unterstützt, eine Übergangsregierung aus Zivilisten und Militärs zu bilden, deren Hauptaufgabe die Vorbereitung einer Verfassungsgebenden Versammlung sein soll. Der zentrale vierte Punkt der sieben Punkte umfassenden gemeinsamen Erklärung lautet:

"Wir wiederholen unseren im September 1979 im 'Aufruf zur Konvergenz' ausgedrückten Willen, den wir an alle demokratischen Kräfte des Landes richteten, um den Charakter der neuen wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Ordnung zu skizzieren, die die demokratischen Kräfte zu errichten bereit sein sollten: als Alternative des Zusammenlebens, des Friedens und der Demokratie für alle Chilenen, deren Vollendung in der vollen Ausübung der Volkssouveränität gegeben ist. Ein solches Ziel kann man durch eine Übergangsregierung mit demokratischem Charakter verwirklichen, die sich als zentrales Ziel vornimmt, Chile schnellstmöglich zur Errichtung einer wahrhaften und erneuerten demokratischen Ordnung zu führen, die die bürgerlichen Freiheiten, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, wiederherstellt; die die volle Autonomie der sozialen

Organisationen und ihre wachsende Beteiligung an den öffentlichen Entscheidungen garantiert; die die ausschließlich professionelle Rolle der bewaffneten Institutionen sicherstellt; die das Recht garantiert, im Vaterland zu leben; die die repressiven Organe auflöst und rechtmäßige Verfahren zur Bestrafung der Menschenrechtsverletzungen begründet, die während der Diktatur begangen wurden; und die schließlich einen wirtschaftlichen und sozialen Notstandsplan in Gang setzt – unter der Perspektive eines nationalen Übereinkommens –, der einen höchstmöglichen Grad an Befriedung der Bedürfnisse des Volkes, in Harmonie mit den Erfordernissen der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit des Landes und der nationalen Entwicklung garantiert. Diese Regierung soll, in der kürzest möglichen Frist, zur Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung aufrufen, die einen Verfassungsentwurf diskutieren und vorschlagen soll, der dann durch den Volkswillen in einem Plebiszit sanktioniert wird und in Zukunft den institutionellen Rahmen bilden soll, nach dem sich die Demokratie des chilenischen Volkes richten wird."

Einige Tage später trat die "Gruppe der 24", die Verfassungsstudiengruppe – die sich aus prominenten Persönlichkeiten aus den Reihen der Gewerkschaften, der UP-Parteien, der Christdemokraten und Universitätsprofessoren zusammensetzt –, mit einem "AUFRUF ZUM ENGAGEMENT FÜR DIE DEMOKRATIE" an die Öffentlichkeit, in dem es u.a. heißt:

"Wir verstehen diese: Engagement für die Demokratie als einen moralischen Imperativ, der uns alle zwingt, aktiv die menschliche Freiheit aller Chilenen zu verteidigen, wer immer sie auch sein mögen; der uns zwingt, jegliche Willkür, jeden Angriff auf Personen und jede Vergewaltigung des Rechts anzuprangern; die Angst zu besiegen, unsere Rechte auszuüben und unsere Gedanken und Meinungen auszudrücken; uns zu versammeln und uns mit unseren Arbeitskollegen oder mit denen, die die gleichen Probleme haben wie wir, zu organisieren; die Würde der Person gemeinsam zu verteidigen; uns mit denen zu solidarisieren, die Verfolgung leiden; materiell und moralisch die Opfer der Repression zu unterstützen; für das Recht auf Arbeit zu kämpfen, für einen gerechten Lohn, für Gesundheit, Erziehung, Wohnung und Vorsorge; jede Form der Gewalt, der Unterdrückung oder des Privilegs zurückzuweisen; ständig mit der Vernunft gegen die Macht zu fechten; uns für die Versöhnung unter den Chilenen und die Wiederherstellung des sozialen Friedens, gegründet auf Recht und Gerechtigkeit stark zu machen und dafür zu sorgen, daß Chile seine bürgerlichen Tugenden und sein internationales Ansehen zurückerhält."

Der Streit zwischen den »Harten« und den »Weichen«

So sehr das "Plebiszit" zur Festigung der Einheit innerhalb der Opposition beigetragen hat, so wenig konnte es die Auseinandersetzung zwischen der "weichen" und der "harten" Fraktion innerhalb des Regierungslagers beenden. Im Gegenteil: der Streit zwischen beiden Gruppen brach wenige Tage nach dem 11. September offen aus.

Die Differenzen entzündeten sich an der Frage, wer die 8-jährige Übergangszeit (bevor dann die Verfassung der konstitutionellen Diktatur endgültig in Kraft tritt) kontrollieren soll.

Die von Pinochet noch am Abstimmungstag angekündigte militärisch-zivile Massenorganisation kommt nach Meinung der "Weichen" dafür nicht in Frage. Es erscheint sogar fraglich, ob diese offensichtlich faschistische Massenorganisation überhaupt zustandekommt. Nach Meinung der "Harten" hingegen sollte sich diese Bewegung so schnell wie möglich bilden und einen deutlich politischen Charakter haben, zu dem

u.a. auch die Kontrollfunktion im Hinblick auf die Übergangszeit gehören könnte.

Während für die "Weichen" die Übergangszeit vor allem zur Konsolidierung des Wirtschaftsmodells und zur Verwirklichung von "7 Modernisierungen" (vor allem eine Reform der Altersvorsorge und eine Reorganisation der öffentlichen Verwaltung) dienen soll, liegt die Hauptaufgabe der Übergangszeit für die "Harten" vor allem in einer Konsolidierung des Militärregimes mittels eines populistischen Sozialprogramms, das jedoch von den stärker wirtschaftlich orientierten "Weichen" als zu inflationistisch angesehen und abgelehnt wird.

Aber das ist bei weitem nicht der einzige Konflikt innerhalb der Rechten. Neben der massiven Kritik des Ex-Juntamitglieds General Gustavo Leigh an der persönlichen Machtfülle Pinochets, die er sich durch das "Plebiszit" hat absegnen lassen, gab es noch den spektakulären Rücktritt des erkonservativen Ex-Präsidenten Alessandri vom Amt des Staatsratspräsidenten. Der Rücktritt stand bereits bei der Abstimmung des 11. September fest, wurde aber erst am Nachmittag des 12.9. bekanntgegeben. Die Begründung: "aus ganz persönlichen Gründen". Wie jedoch aus dem Freundeskreis des Ex-präsidenten zu erfahren war, kam durch den Rücktritt die Verärgerung zum Ausdruck, die er über Pinochet empfand, nachdem dieser eine Reihe von Änderungen am "Verfassungsentwurf" vorgenommen hat, ohne den Staatsrat bzw. diesen Präsidenten zu konsultieren – gleichsam im Vorgriff auf die ihm zufallende Machtfülle, wenn die "Verfassung" erst einmal in Kraft getreten sein wird: ein Vorgeschmack auch, wie Pinochet diese Machtfülle für sich zu nutzen gedenkt.

Diese Differenzen und Widersprüche innerhalb der Rechten selbst bilden ein permanentes Potential der Unruhe und stellen eine zusätzliche latente Bedrohung für die Machtposition Pinochets dar. Der Triumph Pinochets am Abend des 11. September, als seine Anhänger aus den Reichenvierteln mit Fackelzug und Autokorso ihn überschwenklich vor dem Edificio Diego Portales feierten, könnte sich also durchaus als Pyrrhus-Sieg erweisen.

Viel wird u.a. davon abhängen, wie lange sich die Mobilisierung der oppositionellen Massen – ein faszinierendes Phänomen in den Tagen um den 11. September 1980 – und der unbedingte Wille zur Einheit im Kampf um den Sturz der Diktatur aufrecht erhalten lassen.

Bei allen Solidaritätsaktionen des Auslands und des chilenischen Exils in der kommenden Zeit sollte dieser Aspekt bedacht werden und nach Möglichkeit im Vordergrund stehen.



BOLIVIEN

Stabilisiert sich die Militärjunta?

Internationale Doppelzüngigkeit

Während Bolivien aus den Schlagzeilen der internationalen Presse immer mehr verschwindet, hat sich im Land an der dramatischen Situation seit dem Putsch nichts entscheidendes geändert. Die Verhaftungen und die Unterdrückung des Volkes gehen mit unverminderter Härte weiter. Da dies in den letzten 3 Monaten zur traurigen Routine geworden ist, stellt die tägliche Erhöhung der Zahl der Gefangenen für die meisten Nachrichtenmedien nichts meldenswürdiges mehr dar.

Neuesten Informationen zufolge gibt es deutliche Anzeichen für eine immer effektiver werdende Organisation des "Antisubversivonskrieges", der nach den Worten des Innenministers Arce Gomez lang sein wird. Trotz der Unterstützung aus Argentinien und der Gründlichkeit sind den Paramilitärs und Militärs bei ihren Verhaftungssrazzien einige Fehler unterlaufen. Wichtige Leute sind ihnen entkommen, während sie unbedeutende Sympathisanten jagten. Sowohl bei den Verhaftungen als auch bei den Abschiebungen wurde in manchen Fällen willkürlich und inkonsequent vorgegangen. Es wird aber allgemein befürchtet, daß dies nur mit der politisch noch unsicheren Situation zusammenhängt, daß aber die Junta unmittelbar dann erneut noch systematischer zuschlagen will, wenn sie sich sicherer fühlt. Dann soll auch eine neue politische Polizei aufgebaut werden.

Die Militärregierung hat sich inzwischen in der vor ihr erlassenen Regierungsverfassung zum allmächtigen "obersten Organ des Staates und zum Lenker des nationalen Wiederaufbaus" erklärt, aber in Wirklichkeit regiert sie noch nicht, sie hat lediglich die Verwaltungsposten inne. Viel zu sehr sind die Junta-Mitglieder damit beschäftigt, sich gegen Unzufriedenheit und Gegner in den eigenen Reihen zu behaupten. Einerseits geht es darum, alle wichtigen Posten im Militär und in der Staatsverwaltung mit loyalen Militärs zu besetzen, um im Staatsapparat einer möglichen Opposition vorzubeugen, zum anderen hat das Verteilen von einträglichen Posten - wozu besonders Zoll gehört, den Garcia Meza während der Banzer-Diktatur innehatte - auch die Funktion, Kritiker zu korrumpieren. Es wird allerdings auf Dauer schwierig sein, außerhalb des Kokaingeschäfts einträgliche Posten zu finden, da die wirtschaftliche und finanzielle Krise in Bolivien sich weiter zuspitzt. Die Kredite aus Argentinien und von einigen Privatbanken aus den USA und Europa können nur eine Verschnaufpause bieten.

Repression wird zur Routine

Inzwischen sind viele wichtige Führer der Untergrundregierung, der sog. "Regierung der Nationalen Einheit" - nur vorübergehend, wie sie versichern - im Ausland. Nachdem einerseits ihre Sicherheit in Bolivien zu stark gefährdet war und sie auf der anderen

Seite sehr großes Gewicht legen auf die internationalen Aktivitäten, haben Siles Zuazo, der Präsident der Gegenregierung, und andere Mitglieder seiner Regierung das Land verlassen. Siles Z., der sich in Quito aufhält, will das Problem seines Landes vor die UNO in New York bringen und am Rand der Konferenz wichtige Kontakte knüpfen. Der Wert und die praktische Bedeutung aller Solidaritätsbekundungen und Resolutionen internationaler Organisationen, die die bolivianischen Exilpolitiker als Ergebnis ihrer Bemühungen dem Volk mitbringen können, muß aber sehr in Frage gestellt werden. Die Erfahrungen in jüngster Zeit sprechen eine deutliche Sprache. Während auf der 67. Konferenz der Interparlamentarischen Union in Ostberlin die bolivianische Delegation für eine internationale Verurteilung der Militärjunta stritt, lief die Anerkennungswelle weiter. Die Delegierten A. Aranibar Quiroga (MIR, Bewegung der revolutionären Linken), Marcos Domínguez Ruiz (PCB, Kommunistische Partei) und Juan Rodríguez Guagama (MPLN, Volksbewegung der nationalen Befreiung) hatten erreicht, daß in einer detaillierten Resolution alle anwesenden Delegationen für eine Verurteilung des Militärregimes in Bolivien stimmten.

Noch vor dieser Abstimmung hatte die Sowjet-Union durch ihre offene Quasi-Anerkennung des faschistischen Regimes überrascht, nachdem allerdings schon vorher die Wirtschaftsbeziehungen intensiv weiter gepflegt wurden. Unmittelbar nach Beendigung der Konferenz folgte die Anerkennung durch die DDR, die Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich. Auch auf bundesrepublikanischer Seite wird eine Politik betrieben, die es einerseits an jeder Konsequenz fehlen läßt und andererseits auf eine deutliche Stärkung des Garcia Meza-Regimes hinausläuft. Trotz der lautstarken Proteste aus Bonn gegen den Militärputsch sind bisher konkrete Maßnahmen ausgeblieben. Weder wurden Gelder für Großprojekte eingefroren, noch wurde der Industrie signalisiert, daß sie im Moment nicht mit BMZ-Geldern für Wirtschaftsprojekte in Bolivien rechnen könne. Lediglich die Ausreise von 3 Entwicklungshelfern des DED nach Bolivien wurde - und das mehr aus wahltaktischen Überlegungen - um 14 Tage verschoben. Nicht verschoben wurde allerdings die feierliche Eröffnung eines GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) -Großprojektes, bei der auch der Diktator Garcia Meza anwesend war.



Besondere Empörung löste die jüngste Entscheidung des Bonner Außenministeriums in Sachen Bolivien aus, als dem Generalkonsul in Hamburg die Anerkennung entzogen wurde. Damit ist die Bundesregierung einer Forderung der Militärjunta nachgekommen, weil sich der Generalkonsul Sanchez gegen die Militärdiktatoren in Bolivien aussprach und sich nicht als deren Vertreter versteht. Der Hamburger Bürgermeister Klose hielt diese Entscheidung für unverständlich und sagte Sanchez seine Unterstützung zu.

Das Hamburger Solidaritätskomitee CONADE hat eine etwa 30 Personen starke Solidaritätswache im Generalkonsulat eingerichtet, der sich auch Mitglieder anderer Komitees in der BRD und Westberlin anschlossen. Der Generalkonsul will solange wie möglich seine Amtsgeschäfte als Konsul des Widerstandes weiterführen.

Abschied eines Exilierten

Im Exil in Mexico, wo er sich seit etwa 14 Tagen als Asylierter aufhält, hat der bolivianische Journalist Ferrando Lozada am Tag nach seiner Ankunft seine Eindrücke aufgeschrieben. Seit dem Putsch hielt er sich in der mexikanischen Botschaft auf, von der er jetzt die Ausreisegenehmigung erhielt. Hier beschreibt er, wie er und seine 15 Landsleute sich auf der Fahrt vom Botschaftsgebäude zum Flughafen von ihrem Land verabschieden müssen.

Bitterkeit und Unwürdigkeit: wie die Asylierten Bolivien verlassen

Wir befinden uns in einem Bus auf dem Weg zum Flughafen "El Alto", die meisten von uns 15 Asylierten haben die Straße seit 6 Wochen nicht mehr gesehen. Es ist 10.15 Uhr morgens. Normalerweise ist das Zentrum der Stadt an einem Samstagmorgen um diese Uhrzeit lebhaft und sprudelnd. Nichts davon sehen wir. Es scheint eine andere Stadt zu sein, andere Leute, selbst die Luft scheint anders als die, die man vorher atmte.

Wir alle kleben an den Fensterscheiben, betrachten Gesichter, wollen irgendwen wiedererkennen. 2 Bekannte erkennen uns und erwidern unsere Abschiedsgesten.

Wir kommentieren: "Alles ist wie ausgestorben, die Stadt scheint fremd." Viele Leute gehen nicht auf die Straße aus Angst vor den Kontrollen, die seit letzter Woche überall durchgeführt werden.

Wir werden von 2 Jeeps des Innenministeriums eskortiert, zusammen mit dem Diplomatenfahrzeug, in dem sich der Botschafter und andere Funktionäre der mexikanischen Botschaft befinden.

Wir trösten einen Freund, der erschüttert ist von dem Abschiedsschrei seines kleinen 3jährigen Sohnes: Während wir uns von den Freunden und Verwandten verabschiedeten und der Bus bestiegen, begann der Junge zu weinen und sein herzzerreißendes "Papaaa" verschleierte unsere Augen mit Tränen. Noch können wir uns nicht mit dem Gedanken abfinden, dieses von Waffen starrende Land zu

verlassen, das besetzt ist von einer Drogenmafia, die den demokratischen Sieg des Volkes im Blut erstickt. Noch können wir nicht diese brutale Realität akzeptieren, die uns innerlich zu zerreißen droht.

Bei uns tragen wir schlechte Nachrichten für einen Freund, der als einer der Ersten das Land verließ und in Mexiko auf uns wartet. Seine Frau wurde verhaftet, sein Haus geplündert und dem Erdboden gleichgemacht. Letzte Woche konnte die Frau eines anderen Asylierten gerade noch die Botschaft erreichen. Zur Mittagsstunde hatten sie die Militärs heimgesucht. "Sie haben alles mitgenommen" sagte die Frau mit erstickender Stimme, "und sie haben meine Nachbarin vergewaltigt." (eine 17jährige Schülerin). Sie selbst rettete sich wie durch ein Wunder. Seitdem bleibt sie in der Botschaft, sagt der Botschafter.

Zum "El Alto" fahren wir auf der Autobahn, der teuersten und am schlechtesten gebauten der Welt, eine der "entwicklungspolitischen" und korrupten "Heldentaten" der Regierung Banzer. Bald sehen wir den ungewöhnlichen und riesigen bewohnten Krater unserer geliebten Stadt. Es ist eine veränderte Stadt, gelähmt, Opfer des Terrors und der Wut von Streitkräften, die im eigenen Volk ihren Kriegsgegner sehen.



Jetzt sind wir in dem höchsten Flugplatz der Welt. Sie schließen uns in ein Büro ein, damit sie, die Militärs und Folterer, all unser Gepäck untersuchen können. Alles nehmen sie uns weg: Berufs-urkunden, Adressbücher, Tonbandkassetten, Filme. Einer Gruppe von uns wurden 100 kg persönlicher Gegenstände konfisziert. Sie sto-chern sogar in der Dose Niveacreme herum, die einer vor uns dabei hat.

Das bittere Gefühl von Machtlosigkeit steigt in unseren Kehlen hoch. Gleichgültig zu sein wird von Mal zu Mal schwieriger ange-sichts der Beleidigungen und Provokationen, angesichts der Demü-tigungen von Schmeißlern, die von einem Psychopathen ausgeschickt worden sind, der Minister für Repression ist, aber Minister für "den nationalen Wiederaufbau" heißt.

Einige Familienangehörige, die das Risiko auf sich nahmen, zum Flugplatz zu kommen, winken uns aus dem Fenster zu, während wir auf dem Rollfeld zum Flugzeug laufen. Wir bedanken uns bei dem Botschafter für das Entgegenkommen und die Großzügigkeit seiner Regierung. Auf dem Treppchen ein letztes "Adios" mit erhobener Faust.

Als das Flugzeug Kurs nimmt und nochmals die Stadt überfliegt, können wir die Tränen nicht mehr zurückhalten. Wir nehmen das Charango und die Gitarre, und zur Überraschung der anderen Passa-giere und Stewards stimmen wir die "Caraguena" an, ein Cueva-Rhythmus des Genossen Nilo Soruco: "...Wie weit bin ich entfernt von meiner Angst, mein Fluß, meine Sonne, mein Himmel, sie wei-nen..."

Die Sonne und die Luft, das reine Blau des Himmels und das ewige Weiß unserer Berge sagen uns herzlich aber nur vorläufig "Adios". "...Aber ich muß zurückkehren, weine nicht meine Liebe, weine nicht, niemand wird Mauern errichten gegen unsere Wahrheit..."

Die Passagiere und die Besatzung schauen uns an, einige verste-hen und beginnen sich einzustimmen auf den Text der Cueva, der immer kräftiger wird, bis das ganze Flugzeug singt:

"Niemand gab es ein Übel,
das 100 Jahre dauerte.
Kein Körper, der widersteht,
sie werden schon bezahlen,
weine nicht,
bald kehre ich zurück."

Spendet für die fortschrittlichen Kräfte im Kampf für die Demokratie in BOLIVIEN

Postscheckkonto Berlin - West , E. Kohut
Nr. 380 087 - 108 ; Kennwort: BOLIVIENSOLIDARITÄT

NICARAGUA

Das Buch als Waffe

In einer Bretterbude sitzen um einen Tisch vier Frauen bei schwachem elektrischem Licht - zwischen Ende zwanzig und 50 Jahre alt: eine der Tausenden Lerngruppen, die sich allabendlich zwischen 18 und 20 Uhr zusammenfinden zur Alphabetisierung. Monatelang, fünf Abende in der Woche. Noch ungelenke Schreibübungen der einen; die zweite liest halblaut der "Lehrerin" die einfachen Sätze vor; die dritte, die Älteste, hat das Lernprogramm bereits beendet, sie übt an einem neuen Text. Wenn ihr eine Buchstabenkombination Schwierigkeiten bereitet, beginnt sie unermüdlich den Satz von vorn. Kindische Sätze aus einer Fibel. Woher soll sie einen Text mit hinreichend großen Buchstaben bekommen können, den ihre noch untrainierten Augen erkennen können? (Das Fortsetzungsprogramm der Kampagne erscheint erst später, der Übungstext, den Zeitungen in diesen Tagen zu veröffentlichen beginnen, ist offenbar noch nicht in dieses Haus gedrungen).

In Managua und anderen Städten wird die Alphabetisierung von Arbeitermilizen durchgeführt - Arbeiter, die lesen und schreiben können, geben anschließend an ihre tägliche Arbeit zwei Stunden lang ihre Kenntnisse weiter. In der Regel findet der Unterricht zuhause statt, manchmal im Sitz der Sandinistischen Nachbarschafts-komitees. Wer das Alphabetisierungsprogramm abgeschlossen hat, wird in die Grundrechenarten eingeführt.



In den Städten sind die Lernenden über-wiegend Frauen: Wenn unter Somoza eine Arbeiterfamilie es sich leisten konnte, Kinder auf die Schule zu schicken, so waren es die jungen. Auf dem Lande war die Chancenlosigkeit gleich verteilt - männliche und weibliche Analphabeten hielten sich die Wage. 50% der Bevölkerung über 10 Jahre waren Analphabeten, von 21% im Bereich Managuas, bis zu über 80% auf dem Lande.

Monatelang führten ca. 180 000 Briga-distas die Kampagne bis in die entlegen-sten Gebiete Nicaraguas - Schüler, Stu-denten auf dem Lande, Arbeiter in den Städten. Lehrer wurden als Mentoren eingesetzt, die den Fortgang des Lern-prozesses überwachten, bei Schwierig-keiten halfen. Auf dem Lande wohnen die Brigadisten bei ihren "Schülern", in der Regel einer Familie. So reichen die Er-gbnisse der Kampagne weit über das

formale Ergebnis, lesen und schreiben zu können, hinaus. Die Jugend Nicaraguas lernt die Realität ihres Landes kennen, erfährt unter welchen Bedingungen, d.h. Entbehrungen die Landbevölkerung lebt.

Mit einem Jeep fahren wir über Land, ein Lehrer-Mentor besucht die ihm zugeteilte Gruppe von Brigadistinnen. Eine Studentin unterrichtet eine Bauernfamilie. Hier findet der Unterricht am Nachmittag statt. Zunächst die Nationalhymne. Dann eine Verzögerung: José, vielleicht vierzig, findet seine Brille nicht; ohne sie kann er nicht lesen, nicht schreiben. Ein Test vor der Alphabetisierung hat seine Kurzsichtigkeit festgestellt, aber offenbar geniert er sich, die Brille, die ihm besorgt wurde, zu tragen. Das Detail läßt ahnen, was für ein Einsatz notwendig war und ist, um diese Kampagne über die materiellen Voraussetzungen hinaus durchzuführen, was für eine Unmenge auch an Bewußtseinsarbeit hier zu leisten ist.

Die Durchführung der Alphabetisierung selbst ist vor allem eine Leistung der Jugend – der Schüler ab 15 und der Studenten. Sie haben nur eine kurze Einweisung erhalten können, haben ein Heft mit methodischen Ratschlägen in der Hand, müssen sich auf ihnen fremde Wohn- und Ernährungsverhältnisse einstellen. Monatelang müssen sie die alltäglichen Entbehrungen ihrer "Schüler" teilen. Was beiden Seiten hilft: die Motivation der Analphabeten, das Ihre zum Kampf gegen die Unwissenheit beizutragen.

Die Sprache der Kampagne ist militärisch: Das Land ist in Fronten aufgeteilt, die denen der Freiheitskämpfer entsprechen; Brigadist, Kampfplatz, Führungsstab; die letzten Wochen: die Schlußoffensive. Die Parallelen zum Kampf gegen die Diktatur sind voll beabsichtigt.

Auch die Konterrevolution hat durchaus begriffen. Immer wieder hat es Überfälle auf Brigadisten gegeben, auch auf die sie vor allem in abgelegenen Gebieten begleitenden Gesundheitsbrigaden. Vor allem in der Phase der Schlußoffensive häuften sich die Mordanschläge. Insgesamt dürften ca. 50 Brigadisten (ein Teil freilich auch durch Unfälle) den Einsatz mit dem Leben bezahlt haben. Versprengte Somoza-Anhänger operieren noch im Norden des Landes, im Grenzgebiet zu Honduras, ziehen sich über die Grenze zurück oder verüben ihren Überfall aus sicherem Hinterhalt von jenseits der Grenze. Im politischen Kontext bleiben diese Aktionen, trotz aller Brutalität, isoliert, sie können die Kampagne nicht gefährden. "Bedenken" aus Kreisen der Bourgeoisie, die Kampagne diene der "Indoktrination", schlagen ebensowenig durch. Argumente gegen die Kampagne, die nicht zugleich die wahren Interessen des Gegners entlarven, sind ja auch nicht denkbar.

Das Material, das eingesetzt wird, die Methode, sind allgemein an Paulo Freire orientiert. Jede der 23 Lektionen beginnt mit einem Schlüsselsatz von "Sandino: Führer der Revolution" bis zu "die Sandinistische Revolution verbindet brüderliche Bande mit allen Völkern". Aus dem ersten Satz lassen sich zunächst die Vokale erarbeiten, aus einem folgenden Satz wird ein Konsonant analysiert, mit dem die ersten Silben gebildet werden können. Sprach- und Bildmaterial sind so ausgewählt, daß sie einen klaren Bezug zur sandinistischen Revolution haben.

Am 15. August wurde der Kreuzzug gegen die Unwissenheit beendet, die Brigadisten kehrten in die Schulen, an die Unis zurück. Für eine Übergangsphase, die bis in diese Wochen reicht, sollen sich 3 Lerngruppen zusammenschließen, diese Einheit wird vom Gewandtesten der eben Alphabetisierten geleitet. Ein Programm zu Erwachsenenbildung, das sich anschließen soll, wurde gleichzeitig ausgearbeitet.

HONDURAS

Am 3. September erließ die neue verfassungsgebende Versammlung (Constituyente) eine Amnestie, die zur Freilassung der meisten politischen Gefangenen führte. Unter den Freigelassenen sind auch diejenigen, die wegen ihrer angeblichen Beteiligung an der Entführung des Chefs der TEXACO-Niederlassung verhaftet worden waren. (vgl. LN 85). Unterdessen hat sich der Verdacht verstärkt, daß die Entführung fingiert war, um einen Vorwand für die Verhaftung bekannter Sozialisten zu liefern.

Allerdings gehören die Gewerkschafter, denen die Beteiligung an der Brandstiftung in der von streikenden Arbeitern besetzten Textilfabrik Bemis-Handal vorgeworfen wird, und die im März vorigen Jahres verhaftet wurden, nicht zu den Amnestierten. Auch hier sprechen alle Anzeichen dafür, daß der Brand vom Inhaber selbst gelegt wurde, um die Versicherung zu kassieren. Gleichzeitig diente die Brandstiftung als Vorwand für die "Ausschaltung" besonders kämpferischer Arbeiter.

Nutznießer der Amnestie sind dagegen einige Gefangene, die wegen des brutalen Massakers an 14 Bauern und Geistlichen in der Hacienda "Los Horcones" im Juni 1975 verurteilt worden waren. Praktisch waren sie aber schon seit einiger Zeit keine Gefangenen mehr, da sie im Gefängnis großzügige Vergünstigungen, wie z.B. freien Ausgang genossen.

Gleichzeitig mit der Regierungsbildung und der Entlassung einiger reformistischer Militärs wurden eine Reihe wichtiger Posten im Militär umbesetzt. Dabei wurde der berüchtigte ultra-reaktionäre Oberst Domingo Alvarez (bisher Befehlshaber der Militärregion San Pedro Sula) zum Chef der FUSEP (Fuerzas de Seguridad Pública = Polizeitruppe) ernannt, womit er seinen Aktionsradius auf ganz Honduras ausdehnen konnte. Als oberster Befehlshaber des wichtigsten Repressionsorgans hat er sofort Klarheit über seine Absichten geschaffen: unnachgiebige Härte gegen alle "anti-sozialen" Elemente, sprich die Volksorganisationen.

Aber nicht nur der "Klassenkampf von oben" hat Auftrieb erhalten: Ende August traten ungefähr 10 000 genossenschaftlich organisierte Bauern in dem großen staatlichen Kolonisationsprojekt Bajo Aguán in einen mehr als zweiwöchigen Streik, wobei sie durch Solidaritätsaktionen von Bauern in anderen Projekten unterstützt wurden. Gemeinsames Ziel der Bauern war der Widerruf zweier Dekrete, durch die der Staat auf viele Jahre die Vermarktung des in den Plantagen produzierten Palmöls an sich reißen wollte. Durch ihre Entschlossenheit und Einheit erreichten die Streikenden – trotz eigener großer wirtschaftlicher Verluste – einen vollen Erfolg: die Dekrete wurden widerrufen, den Campesinos wurde eine gesetzliche Verankerung ihrer Kontrollrechte zugesagt. Dieser Streik ist nicht nur wegen seines Erfolges von großer Bedeutung. Er weist auch auf die Widersprüche hin, die sich aus den neuen Produktionsverhältnissen im Agrarsektor ergeben, in denen der Staat als Kapitalist und die Bauern als de-facto-Lohnabhängige agieren. Wichtig ist auch die einigende Wirkung dieser gemeinsamen Front gegen den Staat und den dahinter stehenden transnationalen Konzernen (Standard Fruit und United Brands, die die Produkte letztlich aufkaufen).

MEXIKO

Ein Tag in der Oper



"Die reine Wahrheit"
von Naránjo
in proceso Nr. 201

Am 1. September ist Feiertag in Mexiko – zumindest für den öffentlichen Dienst: der Präsident liest seinen Jahresbericht. In diesem Jahr fand das Spektakel – live von Radio und Fernsehen übertragen – im 'Palast der schönen Künste' statt, dem schwülstigen Opernhaus von Mexiko-Stadt.

Präsident José Lopez Portillo (JLP) fand zu seinem Amtsantritt 1976 das Land in der schwersten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise der letzten Jahrzehnte vor. Er bat um Zeit: zwei Jahre zur Vertrauensbildung, zwei Jahre zur Konsolidierung der Wirtschaft und zwei Jahre für den beschleunigten Aufbau der Wirtschaft auf der Grundlage der Erdöleinnahmen.

Nach vier Jahren Amtszeit scheint einiges doch recht ganz nach Plan zu laufen: die Vertrauensbildung ist mehr schlecht als recht gelungen – es stellt sich allerdings die Frage, wie lange die Widersprüche durch "Politische Reformen" verkleistert werden können. Die antiinflationäre Konsolidierung der Wirtschaft ist jedoch zugunsten eines beschleunigten Wachstums aufgegeben worden. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stagnierte 1976 und ist mittlerweile bei über 8 % angelangt, begleitet von Inflation und Verelendung der Bevölkerung. Den Kritikern dieses Wachstums warf JLP im IV. Jahresbericht vor: "Es gibt Leute, die aus ideologischer Verwirrung oder intellektueller Deformation heraus das erreichte wirtschaftliche Wachstum infragestellen und kritisieren. Lassen wir sie in ihrem Saft schmoren!"

Ob wirtschaftliches Wachstum verbrecherisch ist oder nicht, läßt sich jedoch nur bei einer näheren Betrachtung beurteilen, nämlich was zugenommen hat und zu wessen Lasten!

Dieses Wachstum ist primär ein Resultat der irrationalen Erdölpolitik. Das Erdöl soll als "Hebel" für die Entwicklung des Landes eingesetzt werden und so sind die Exporte vom "schwarzen Gold" unter JLP explosionsartig gestiegen: in diesem Jahr exportiert Mexiko voraussichtlich Rohöl im Werte von 6748 Millionen Dollar gegenüber 420 Millionen Dollar im Jahre 1976, das ist eine Steigerung von 1600 %! 1980 werden 64 % der Devisen durch Exporte von Erdöl und dessen Derivaten erzielt – gegenüber 35 % im letzten Jahr. Mexiko ist so mit der Politik des 'wirtschaftlichen Wachstums' zum Monosexporteur im Stile Venezuelas und des Iran avanciert und steht nunmehr auf Platz 5 der größten Erdölexporteure.

Daß dadurch neue Abhängigkeiten entstehen, wird von JLP natürlich nicht gesagt. Im Gegenteil: "Das Erdöl...bietet Mexiko eine historische Gelegenheit, endgültig den Status eines Landes mit kolonialer Vergangenheit zu verlassen. Das Erdöl eröffnet uns einen Weg zur authentischen ausgewogenen Entwicklung mit finanzieller Selbstbestimmung."

Wie kann eine ausgewogene Entwicklung erreicht werden, wenn Mexiko jährlich mehr Grundnahrungsmittel importieren muß? 1979 wurden von den USA 3,7 Millionen Tonnen Getreide, Mais, Bohnen, etc. gekauft, 1980 sind es bereits über 8 Millionen Tonnen. Originellton JLP: "Die Handhabung und Versorgung des nationalen Marktes kann in diesen Augenblicken, wo die Produktion den Bedarf nicht deckt, nicht dem Zufall privater Interessen überlassen werden!" De facto stellen mehr und mehr Groß- und Mittelbetriebe die international gefragten Produkte her und verrachlässigen die (weniger profitable) Produktion der mexikanischen Grundnahrungsmittel wie Mais und Bohnen. Die landwirtschaftliche Produktion wies sowieso in den letzten 12 Jahren eine Zuwachsrates von mageren 1,2 % bei einem Bevölkerungswachstum von 3,2 % auf.

JLP: "Wenn der Staat über die (exportorientierten - d.Red.) Länder-reien verfügen würde, wie es einige empfehlen, um auf diesen Flächen andere Produkte anzubauen, würden wir Devisen opfern, Arbeitsplätze abbauen und noch schlimmer - wir würden die Freiheit der Aktion und der Arbeit einengen." Die mexikanische Regierung scheut den Staatseingriff in die "Freiheit der Aktion" des ausländischen Agrobusiness und der Großgrundbesitzer und zieht es vor, die Zahlungsbilanz mit Getreideimporten zu belasten.

Zwar ist das Außenhandelsdefizit in diesem Jahr wegen der verstärkten Erdölexporte 25 % geringer als 1979, es umfaßte im 1. Halbjahr immerhin noch 887 Millionen Dollar. Die öffentliche Auslandsverschuldung ist hingegen weiter gestiegen und betrug am 30.6.1980 bereits 32 Milliarden Dollar (1978 = 25 Mrd.; 1979 = 29 Mrd.\$). In den vier Amsjahren JLP's haben ausländische Unternehmen 26 Mrd. US \$ investiert und 17 Mrd.\$ in ihre Länder überführt, unabhängig von den im Lande verbliebenen Gewinnen.

Die 'institutionalisierte Revolutionsregierung' förderte die Wirtschaft durch Steuererleichterungen und Subventionen von 500 Mrd. Pesos im Jahre 1979, um, wie JLP meinte, "die Preise zu Gunsten des Konsumenten niedrig zu halten". Er erkannte zwar, daß "die Subventionen nicht ausschließlich die erreichen, die es am nötigsten haben, sondern auch - und reichlich - diejenigen, die sie nicht nötig haben...diejenigen, die sich durch Machenschaften, Spekulation und Mißbrauch bereichern." Das Erdöl wird zu einem Drittel des Weltmarktpreises im Lande verkauft, das Erdgas zu 0,32 US \$ statt 4,45 US \$ und der elektrische Strom zum halben Preis. Die Nutznießer sind die Unternehmer, denn die privaten Haushalte verbrauchen lediglich 10 % der besagten Energieträger.

Den Mexikanern ist mit dieser Wirtschaftspolitik wenig gedient. Die Inflation bewegt sich in diesem Jahr zwischen 30 und 35 %. JLP: "Auch wenn der Mindestlohn, der als Basis und nicht als Höchstmarke gedacht war, real abgenommen hat, so bewegen sich die mittleren Löhne über dieser Marke...bei 2 - 4 % Reallohnzuwachs." Der Wahrheit zuliebe muß leider festgestellt werden, daß über die Hälfte der Mexikaner weniger als diesen 'Mindestlohn' verdienen, und für diese Mehrheit der Bevölkerung dürfte daher in diesem Jahr ein Reallohnrückgang von 20 - 30 % spürbar werden.

Hierzu trug nicht zuletzt die Einführung einer Mehrwertsteuer von 10 % am 1. Januar 1980 bei. Die unsozialen Auswirkungen der Mwst. (daß sie die Ärmsten am härtesten trifft) waren lange gerüg diskutiert worden, es kam jedoch zu keinem maßgeblichen Widerspruch der "Oppositions"-Parteien. Im Laufe des Jahres dämmerte dann den Finanzbehörden die Fragwürdigkeit des Projektes, und bis zum 1. September waren 91 elementare Produkte von der Mwst. ausgenommen worden: "Ein erneutes Opfer des Fiskus zu Gunsten der Volkswirtschaft", wie es in groß aufgemachten Anzeigen heißt.

Diese Wirtschaftspolitik mag vielleicht "den Status eines Landes mit kolonialer Vergangenheit verlassen" helfen, sie führt aber keineswegs in eine "ausgewogene Entwicklung mit finanzieller Selbstbestimmung". Die Institutionalisierte Revolutionspartei mag sich über ihren Chef JLP verbal radikal äußern, ihre Praxis stellt sie in eine Reihe mit der übrigen Kompradorenbourgeoisie des Kontinents.

Quellen: proceso Nr. 201 und 202 vom 8. und 15.9.80

Freiheit à la mexicana

Die mexikanische Verfassung garantiert Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Der mexikanische Präsident José Lopez Portillo wird nicht müde, Bekenntnisse zur Freiheit der Völker abzugeben, wie jüngst, als er auf einer Reise durch Zentralamerika Mexiko's Ruf als Musterdemokratie polierte. Wie es mit der Freiheit im Lande jenseits von Sonntagsreden bestellt ist, das erfuhren am 28. August nicht zum ersten Mal die Angehörigen von "verschwundenen" Mexikanern, die vier Tage vor dem jährlichen "Informe del Gobierno" auf die staatliche Repression aufmerksam machen wollten: Zweimal versammelten sie sich friedlich, um mit einem Hungerstreik von der Regierung Aufklärung über das Schicksal ihrer Verwandten zu verlangen, zweimal wurden sie von der Polizei mit Gewalt auseinandergetrieben.

Seit Jahren verlangt das Komitee von der Regierung Auskunft über den Aufenthaltsort der Verschwundenen und die Beendigung der Praktiken, die sowohl den Menschenrechten, als auch den Garantien der mexikanischen Verfassung widersprechen. Weil trotz des im März 1979 erlassenen Amnestiegesetzes weder das Schicksal der Verschwundenen geklärt ist, noch die Aktivitäten der Weißen Brigade aufgehört haben, beschloss die "Nationale Front gegen die Repression, für Solidarität und demokratische Freiheiten", in der 60 unabhängige Organisationen zusammengeschlossen sind (darunter das Komitee), für den 28. August den Beginn des dritten Hungerstreiks. Ihm vorausgegangen waren ein erster Hungerstreik der Mütter im November 1978 und ein weiterer im August 1979. "Mit dem Hungerstreik soll der Regierungsversion entgegengetreten werden, die besagt, daß es weder Verschwundene, noch geheime Gefängnisse gibt", sagte Rosario Ibarra de Piedra, die Vorsitzende des Komitees, vor Beginn der Aktion. "Es ist unser Recht, von der Regierung Rechenschaft über die Mexikaner zu verlangen, die von einem Tag auf den andern nicht mehr nach Hause gekommen sind." Der Termin unmittelbar vor dem jährlichen Bericht des Präsidenten wurde gewählt, um José Lopez Portillo zu zwingen, auf das Problem der Verschwundenen in seinem "Informe" einzugehen.

Die Regierung bricht den Hungerstreik

Donnerstag, 28.9., 11 Uhr: Etwa 80 Personen, vor allem Frauen, versammelten sich an der Alameda Central, einem Park im Zentrum der Stadt, gegenüber vom Palacio de Bellas Artes, wo der Präsident seinen Bericht vortragen wird. Die Demonstrantinnen

tragen Transparente und Plakate, auf denen sie fordern: Präsentierung der Verschwundenen, volle und bedingungslose Amnestie für alle politischen Gefangenen und Exilierten, Schluß mit der Folter in den geheimen G-fängnissen, Auflösung der verfassungsfeindlichen Repressionsorgane, Bestrafung derjenigen, die für die Ermordung von Oppositionellen verantwortlich sind. Weil der Ort des Hungerstreiks bis zuletzt geheim gehalten worden war, sind die "Granaderos", eine mit Helmen und Knüppeln ausgerüstete Spezialtruppe der Polizei, schon seit dem Vortag an allen strategischen Punkten der Innenstadt postiert. Sie haben die Gruppe an der Alameda schnell umringt, entreißen den Demonstrantinnen Spruchbänder und Plakate und treiben sie auseinander.

12 Uhr: Die Mütter versammeln sich aufs Neue, diesmal im Innern der Kathedrale am Zocalo, in unmittelbarer Nähe des Nationalpalasts. Der gerade anwesende Priester hat nichts dagegen - "... die Kirche ist für alle da." Die Frauen hoffen, daß die Polizei die Heiligkeit des Ortes respektieren wird, und erklären offiziell den Beginn des Hungerstreiks. Bis gegen 15 Uhr haben sich in der Kathedrale ungefähr 200 Personen versammelt. Rund um das Gebäude ist Polizei zusammengezogen, zum Teil in Zivil. Die Stimmung drinnen ist ruhig, man gibt die Parole aus, sich nicht provozieren zu lassen und keine Gewalt anzuwenden.

15 Uhr 30: Eine Gruppe von Polizisten, die meisten in Zivil, betritt die Kirche, geht zu den Hungerstreikenden im hinteren Teil des Kirchenschiffs, greift Rosario Ibarra de Piedra aus der Gruppe heraus und bringt sie aus der Kirche. Inzwischen fordert ein Trupp von etwa 20 Granaderos die Streikenden auf, die Kirche zu verlassen. "Das war der Gipfel des Zynismus", berichtete einer der Teilnehmerinnen später. "Die kamen in die Kirche herein und machten ersteinmal am Weihwasserbecken ein Kreuz. Kurz darauf gingen sie mit Tränengas auf uns los." Die Demonstranten verlangen die Rückkehr von Rosario Ibarra de Piedra. Als man sie wieder hereinbringt, setzen sich die Streikenden geschlossen auf den Boden. Inzwischen befinden sich ungefähr 50 Polizisten in der Kirche. Die Räumung beginnt kurz darauf unter Stößen, Schlägen und Tränengas. "Das Volk fragt sich: Wo sind die Gefangenen?", skandieren die Demonstranten beim Verlassen der Kirche. "Man foltert sie im Campo Militar!" Darauf die Antwort eines Polizei-Offiziers: "Macht auch keine Sorgen, da könnt ihr sie bald sehen."

16 Uhr: Die Kathedrale ist wie ausgestorben, alle Türen sind verschlossen. Über den Vorplatz irren ein paar irritierte Touristen, am Eingangsgitter wachen noch einige Granaderos. Die Gruppe der Hungerstreikenden hat sich geschlossen durch die Innenstadt zurückgezogen, gefolgt von einem starken Polizei-Aufgebot, das erst von ihr abläßt, als sie in der U-Bahn verschwindet.

"Das ist sehr schwerwiegend", sagte Rosario Ibarra de Piedra auf einer anschließenden Pressekonferenz, "sehr, sehr schwerwiegend. Unser Verhalten war friedlich. Wir haben der Kirchen-Autorität versichert, daß wir den Ort, der das Erbe des Volkes ist, respektieren würden. Wir haben niemals daran gedacht, die Kathedrale zu besetzen. Es war einfach eine Protestaktion! Und in einer Zeitungsanzeige der Front hieß es: "Es ist sehr billig für die mexikanische Regierung, im Ausland für die Respektierung der Menschenrechte einzutreten, während sie in Mexiko selbst nicht einmal einen Hungerstreik zulässt."

Als Antwort auf die Räumung beschloß die Front, an jedem Tag bis zum Bericht des Präsidenten in öffentlichen Veranstaltungen das Verhalten der Regierung bekannt zu machen: Am Freitag, dem 29.8., fand eine Kundgebung an der Alameda Central statt, demselben Ort, wo am Tag vorher zunächst der Hungerstreik beginnen sollte. Weil die Polizei offenbar immer noch eine Wiederaufnahme des Streiks fürchtete, wurde die Versammlung gegen Abend ebenfalls mit Tränengas aufgelöst. Am 30.8. demonstrierten etwa 200 Personen vor dem Innenministerium und am 31. 8. erklärten die Mütter in einer Kulturveranstaltung im Chapultepec-Park die Ereignisse der vergangenen Tage. "Wir haben daneben auch über die Fortsetzung des Hungerstreiks nachgedacht", sagte Rosario Ibarra de Piedra. "Aber die Entschlossenheit der Regierung, alles zu tun, um den Streik zu verhindern, war sehr klar. Und wir wollten nicht, daß noch mehr Leute verletzt würden."

Statt einer Antwort — eine Verwaltungsvorschrift

Die Antwort des Präsidenten auf die Forderungen der Front blieb dürrtig: In seinem Regierungsbericht äußerte er sich nur sehr allgemein über die Früchte der Politischen Reform und mit einem Satz über die Amnestie: "Die Amnestiegesetze werden weiter angewandt, um Teilnahmemöglichkeiten auf dem Weg der Eintracht zu öffnen." Stattdessen wurde er deutlich



im Bezug auf die, vom Staat gezogenen, Grenzen der Freiheit: "Wir werden im Prozess der politischen Reform weitergehen. Durch einen wirksamen und größeren Pluralismus suchen wir die verantwortungsvollste Ausübung der Freiheit - nicht nur im Bezug auf die Würde des Individuums, sondern auch im Bezug auf die Respektabilität des Staates." Und nachdem er auf die Störung der "so schon schwierigen Routine" der Hauptstadtbewohner durch mehr als 300 Demonstrationen im vergangenen Jahr hingewiesen hatte, sagte er weiter: "Wir ermuntern alle Richtungen und alle Sektoren, an Alternativen mitzuarbeiten. Ohne daß die Bürgerfreiheit, sich friedlich und aus jedweden Grund zu versammeln, abgewertet wird, soll sie mit den Interessen aller versöhnt werden und die Rechte aller bewahren."

Die Ermunterung des Präsidenten wirkte Wunder: Bereits vier Tage später hatten alle Richtungen und Sektoren der mexikanischen Gesellschaft in Gestalt von Enrique Olivares Santana (Innenminister, PRI) und Carlos Hank Gonzales (Gouverneur des Bezirks der Hauptstadt, PRI) eine Alternative parat: In einer halbseitigen Zeitungsanzeige "empfehlen" die Behörden allen potentiellen Demonstranten, von ihrer Bürgerfreiheit in Zukunft nur noch auf einem Platz der Hauptstadt Gebrauch zu machen: dem Platz der Republik unter dem Denkmal der mexikanischen Revolution. Diese Maßnahme sei nach einem "eingehenden Dialog mit den zugelassenen Parteien und politischen Vereinigungen" getroffen worden, mit dem "einzigen und ausschließlichen Ziel, die Zerrüttung des normalen Lebens in der Stadt Mexiko zu vermeiden."

Die Führer der Linksparteien setzten dieser Version entgegen, sie seien zwar ins Innenministerium gerufen worden, um über Alternativen zu bestehenden Demonstrationspraxis zu diskutieren. "Als wir ankamen, setzte man uns allerdings nur von dieser Maßnahme, welche die Demonstrationsfreiheit einschränkt, in Kenntnis. Als wir unsere Meinung sagen wollten, wozu man uns vorher ausdrücklich gebeten hatte, ließ man uns nicht sprechen. Am nächsten Tag erfuhren wir aus der Zeitung, daß wir zugestimmt hätten."

Die Behörden wollen es offenbar nicht bei der Empfehlung belassen. Der General-Direktor der Polizei, Arturo Durazo Moreno, hat bereits angekündigt, daß seine Polizisten in Zukunft alle Demonstrationen und Kundgebungen auf der Straße unterbinden würden. Und die Veranstaltungen am Revolutionsdenkmal werde man überwachen, damit von ihnen keine Störung des öffentlichen Friedens ausgehen könne.

Ob sich die mexikanische Linke diese neue Einschränkung ihrer Freiheit aufzwingen lässt, wird sich bald herausstellen: SUNTU, die nationale Universitätsarbeiter-Gewerkschaft hat bereits eine Demonstration durch die Innenstadt angekündigt. Die Front plant für den 30. September eine Kundgebung vor dem Abgeordnetenhaus. Und am 2. Oktober wird die jährliche Demonstration zum Andenken an die Opfer des Massakers von Tlatelolco im Jahre 1968 sein - und die wird kaum im Schatten eines Denkmals der Mexikanischen Revolution stattfinden.

KOLUMBIEN

Blutige Repression gegen Indianergemeinschaft

Wie erst jetzt bekannt wurde besetzten am 31. August um 5 Uhr morgens 150 schwerbewaffnete Polizisten das Reservatsgebiet der Katíos-Indianer in Alto Andáqueda und töteten drei Indianer. Unter den Ermordeten befand sich der Führer der Indianergemeinschaft Enrique Arce. 5 flüchtende Kinder werden vermißt und sind allem Anschein nach in einem nahen Fluß ertrunken. Die Polizei setzte gegen die Indianer Granaten ein, zerstörten ein Dorf, stahlen das gesamte Vieh und die Maultiere sowie Wertgegenstände, Geld und Gold, das sie in den Hütten vorfanden. Weitere 50 schwerbewaffnete Polizisten wurden aus Medellín in das Reservat entsandt, um den Widerstand der Indianer vollends zu brechen, die sich z.T. mit Pfeil und Bogen zu wehren versuchten. Das Reservat wird seither besetzt gehalten; es wurde von der Polizei zur "Zone, in der die öffentliche Ordnung gestört ist" erklärt.

Die Erklärungen, die seitens der 4. Brigade in Medellín und der Nationalen Polizei, Sektion Antioquia, in der Presse abgegeben wurden, waren mehr als widersprüchlich. Zunächst hieß es, im Reservat befänden sich Guerrilleros. Dann hieß es, das Reservat sei praktisch eine "unabhängige Republik" gewesen, und deshalb hätte die öffentliche Ordnung wiederhergestellt werden müssen. Schließlich hieß es, die Aufgabe der Polizei sei es, die Indianer vor weißen Siedlern im Reservat zu schützen.

Der Hintergrund dieser Repression ist folgender: ein Großgrundbesitzer der Zone, Ricardo Escobar, hatte widerrechtlich eine einträgliche Goldmine im Gebiet der Katíos ausgebeutet, die er den Indianern mit Gewalt weggenommen hatte. Die Indianer hatten die Mine seinerzeit entdeckt und ihre Ausbeutung rechtmäßig beim Bergbauministerium angemeldet. Seit dem 13. Dezember 1979 wurde das Gebiet der Katíos per Dekret Nr. 0185 (unterzeichnet vom Innenminister Kolumbiens) zum Reservat erklärt. Die Katíos sind somit alleiniger Eigentümer des Gebietes, das sie bewohnen. Die von Ricardo Escobar zuvor ausgebeutete Mine befindet sich im Reservatsgebiet.

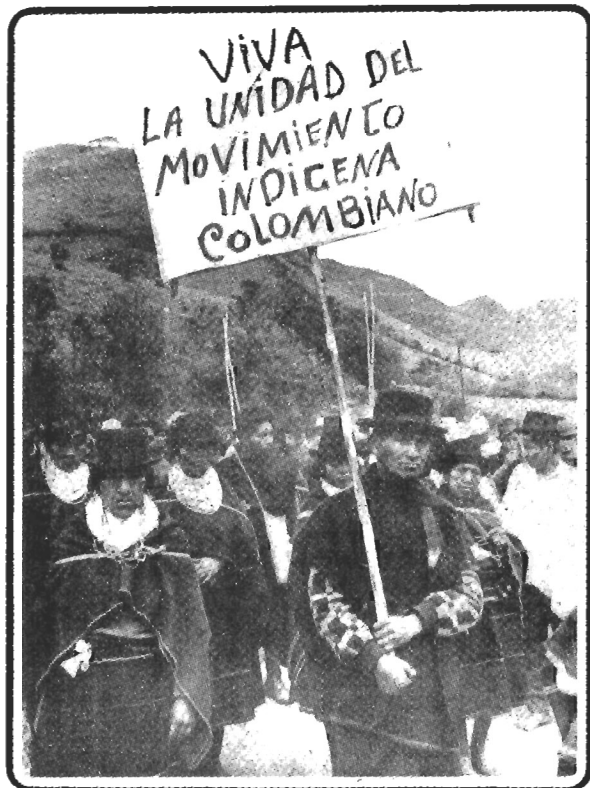
Schon am 11. Juni 1978 eroberten sich die Katíos die Goldmine zurück. Eine Gruppe von Geologen wurde mit Pfeil und Bogen vertrieben. Sie sollten nach weiteren Goldvorkommen suchen. Dabei half den Katíos zunächst eine Gruppe von weißen Siedlern, die aber damit das Ziel verfolgten, sich selbst des Goldes zu bemächtigen. Die Polizei unternahm mehrere Versuche, die Goldmine zu besetzen und unter Kontrolle zu halten. Aber sie scheiterten am Widerstand der Katíos.

Die Staatsregierung schaltete sich ein. Eine Kommission der Agrarreformbehörde INCORA und der Abteilung für Indianerfragen im Innenministerium untersuchte den Fall. Das Ergebnis der Intervention der Staatsregierung war die Anerkennung der gesamten Zone als Reservat. Ausschlaggebend für diesen ungewöhnlichen Erfolg war der konstante Druck und Widerstand der Katíos, die aktive Unterstützung seitens namhafter Anthropologen, der politischen Bewegung FIRMES und das Interesse von Julián Narváez, dem Chef der Abteilung für Indianerfragen beim Innenministerium, ein günstiges Klima für seine in dieser Zeit anstehende Wiederwahl

in seinem Amt zu erzeugen.

Ricardo Escobar gab aber nicht auf. Als er feststellte, daß seine Angebote an die Katíos, die er ihnen – dank bester Beziehungen – über den Innenminister und Julián Narváez übermitteln ließ, ignoriert wurden, versuchte er es mit Gewalt. Er gewann den 7. Strafrichter von Quibdó / Chocó, Proscopio Ríos Enterfa, für seine Sache. Dieser Richter – unter dem Beinamen "Ringo" in Quibdó einschlägig wegen seiner willkürlichen Vorgehensweise bekannt – ordnete die Entsendung von 150 Polizisten in das Reservat am 31. August 1980 an. Um die Indianer diesmal wirklich zu "erledigen", wurde am Vortag der Operation ein Neger mit 99 Schnapsflaschen ins Reservat vorausgeschickt, um die Indianer betrunken zu machen. Zwar distanzierte sich die Departementsregierung von Chocó von der polizeilichen Maßnahme, unternahm aber nichts, um die polizeiliche Besetzung des Gebietes zu beenden. Ebensowenig war Richter "Ringo" zu seinem Vorgehen legitimiert: bis heute ist keine Erklärung bekannt, daß dazu berechnete Stellen das Reservat zu einer "Zone gestörter öffentlicher Ordnung" erklärt hätte.

Das Rote Kreuz, Sektion Antioquía mit Sitz in Medellín, erklärte am 17.9. einer Delegation der Katíos, daß man ihnen nicht helfen könne. Das Rote Kreuz sei zwar bereit, Hilfsgüter in Empfang zu nehmen, könne sie aber nicht an die Gemeinde weiterleiten. Über Autos, Ärzte und Medikamente verfüge man nicht. Der Zugang zur Zone sei von der Erlaubnis der 4. Brigade, Sitz Medellín und der Nationalen Polizei, Sektion Antioquía abhängig. Diese wird aber zur Zeit verweigert, bis die vom Innenminister angeordnete Untersuchung "bis auf den Grund" durchgeführt ist.



CHILE

Gespräch mit einer Elendsviertelbewohnerin

Interview mit Isabel Campos, einer Elendsviertelbewohnerin aus Chile. Isabel sprach auf der Sommeruniversität der Frauen über "Die Situation der Frauen in den Elendsviertel in Chile" und "Die Frau in der faschistischen Ideologie in Chile".

LN: Nachdem wir von Dir gehört haben, was für Frauenarbeit ihr dort macht, sind wir uns unserer Möglichkeiten und Verantwortung sehr viel bewußter geworden und haben eine Menge gelernt. Wir freuen uns, daß Du da bist! Kannst Du uns sagen, was diese Rundreise durch Europa für Dich bedeutet?

Isabel Campos: Zunächst stelle ich fest, wie wenig man in Europa von der realen Situation, in der das chilenische Volk lebt, weiß. Außerdem wollte ich einen persönlichen Kontakt mit jenen Leuten aufnehmen, die sich für die Situation der Chilenen interessieren.

LN: Du hast uns gestern erklärt, daß die Frau das diktatorische Regime reproduziert, wenn sie nicht bewußt wird: als Mutter, in der Erziehung der Kinder und auch als Freundin, Ehefrau, wenn sie ihrem Mann nicht die Freiheit gibt zu handeln, sondern ihn vielmehr bremst (z.B. bei Streiks u.a. Formen der Interessenvertretung). Kannst Du etwas über die Bewußtseinsbildungsarbeit erzählen, die ihr macht, um zu verhindern, daß die Frau das diktatorische System reproduziert?

Isabel Campos: Zunächst einmal muß man uns Frauen, die wir in den Elendsvierteln arbeiten, verstehen. Wir stecken in demselben System, daher geht es darum, daß wir gemeinsam die Situation, in der wir leben, verstehen. Wir legen uns Rechenschaft davon ab, in welcher Weise z.B. das Fernsehen genutzt wird, eine Einrichtung, die für die Erziehung und die Erholung sinnvoll eingesetzt werden könnte. Aber in dem Maße, in dem wir das Fernsehen hören und sehen, erkennen wir den tiefer liegenden Sinn, den die Fernsehromane und die Filme haben. Dort werden Werte vermittelt, die unser Regime, das diktatorische Regime, braucht, um die Frau in einer Situation der Ausbeutung zu halten. Der Frau werden Beispiele gezeigt, die sie erreichen können, wenn sie sich aufopfern, wenn sie viel arbeitet. Das heißt, man zeigt ihr eine irrealen Situation, die sie auf Grund ihrer Situation niemals erreichen kann.

LN: Du hast ein Beispiel erzählt, daß – im Fernsehroman – die Frau, die als Dienstmädchen arbeitet, den Sohn des Hausherrn heiratet. De facto haben die Frauen im Elendsviertel dann aber gesehen, daß – in Wirklichkeit – das garnicht so ist. Sie sahen, daß eine Nachbarin zur Arbeit ins Viertel der Oberklasse zur Arbeit ging. Sie wurde entlassen nach wenigen Monaten und war vom Sohn des Hausherrn geschwängert worden.

Isabel Campos: Ich finde es sehr schlimm, daß man uns seit unserer Kindheit die Geschichte des Märchenprinzen erzählt: die Geschichte von Aschenbrödel, die – als der Prinz kam – ihn heiratete. Man muß schon feststellen, daß für die Proletarierin diese Kindergeschichten ein Ideal darstellen. Sie stellen sich vor, daß zu dem einfachen, bescheidenen Mädchen der reiche Jugendliche kommt, daß sie sich verlieben, sich heiraten und glücklich sind. Das junge Mädchen geht arbeiten, man schmeißt sie raus, weil sie schwanger

ist. So ist es mit der Prostitution der Jugend, denn wenn sie erst ein Kind haben, gibt man ihnen keine Arbeit mehr.

LN: Wie arbeitet ihr Frauen konkret zusammen?

Isabel Campos: Die Methode, die wir für unsere Arbeit benutzen, ist, bei der Bevölkerung zu sein, ihre Probleme zu erkennen ausgehend von den Dingen, die sie tun, und da können wir die Tücken, z.B. von dem Fernsehen, herausfinden. Wir haben uns die Arbeit gemacht, einige Kapitel des Fernsehromans zu sehen und zu hören. Wir haben sie gesehen, und dann haben wir das Fernsehen ausgestellt. Wir haben das, was wir gesehen haben, analysiert und sind dann dazu übergegangen, daß sich die Frauen mit der Realität, in der sie leben, auseinandersetzen und feststellen, daß das, was wir gesehen haben, eine Lüge ist. Es geht nicht darum, daß wir eine Rede halten, sondern vielmehr darum, daß sie sich bewußt werden und ihnen klar wird, welchen Stellenwert diese Fernsehromane haben.

LN: Sind nicht die Probleme der einzelnen Frauen unterschiedlich? Zum Beispiel die der Frauen von Arbeitslosen, der verarmten Frauen aus der Mittelklasse und der Frauen von den Verschwundenen...

Isabel Campos: Natürlich. Für uns bedeutet diese Arbeit im Viertel mit den Leuten zu leben, das bedeutet, mit ihnen zu reden, ihr Problem anzuhören. Ausgehend von diesen Problemen, die sie uns erzählen, entwickeln wir verschiedene Aktivitäten. In so einer Gruppe gibt es verschiedene Probleme: Da ist eine Frau, die Verschwundene in ihrer Familie hat. Wir versuchen zu erreichen, daß die Frauen sich davor Rechenschaft ablegen, daß es in Chile Verschwundene gibt, daß die Frau ihre Geschichte erzählt und daß sich die Frauen mit ihr solidarisieren und sich diese Situation zu Herzen nehmen. Ebenso mit der Frau, die täglich von ihrem Mann geschlagen wird, weil sie aus dem Haus geht, um bei der Volksküche zu arbeiten. Dann verliert die Frau die Angst davor, daß ihr Mann sie schlägt, und sie geht aus dem Haus, um Brot für ihre Kinder zu verdienen. Dann bilden wir solidarische Frauengruppen, in denen jeder seine Erfahrung berichtet und sich von den anderen unterstützt fühlt. Es ist wichtig, daß wir Frauen wissen, daß jede ihr eigenes Problem hat, aber das Problem bedeutet nicht, daß man es umgehen muß, sondern, daß man es einer anderen erzählen kann. Auf diese Weise halten wir zusammen und versuchen, uns solidarisch zu verhalten.

LN: Du sagtest, wir versuchen uns solidarisch zu verhalten. Gestern erzähltest Du, daß sich nicht alle Frauen solidarisch verhalten. Kannst Du ein Beispiel anführen?

Isabel Campos: Natürlich. Stell Dir vor, daß wir bei dieser Arbeit gemerkt haben, daß es schon einige Schwierigkeiten gibt, aber daß uns das nicht verzagen läßt, sondern daß wir uns gegenseitig vorantreiben. So sehen wir, daß die Arbeit mit den Frauen noch viel mehr hergibt, als wir jemals dachten. Das sehen wir ganz deutlich bei den Volksküchen für Kinder. Wir haben die Personen, die die Leitung der Volksküche inne hatten, ausgebildet. Wir haben gerade sie ausgebildet, weil sie die Organisation der Volksküche zu übernehmen hatten. Wir haben mit ihnen Gruppenführungskurse gemacht. Die Leitung wurde von den Müttern gewählt. Die Mütter erarbeiteten mit Hilfe der Gruppe eine Ordnung. Wir haben ihnen beigebracht, daß eine Ordnung nicht dafür da ist, um die Leute zu überwachen, sondern dafür, daß Ordnung herrscht und dafür, daß man die Begabung der Mütter bestmöglichst ausnutzt. Feste Anfangs- und Mittagessenszeiten sollten helfen, daß das ganze besser funktionierte. Leider stellten wir fest, daß in einigen Fällen jene Frauen, denen wir die Ausbildung gaben, auch Fehler machten und sich manchmal nicht solidarisch verhielten:

1) So war zum Beispiel die Leiterin der Volksküche mit einer Re-nossin sehr hart. Sie fragte sie nicht, warum sie zu spät zur Volksküche gekommen sei, sondern bestrafte sie sofort der Ordnung gemäß, ohne sie zuvor anzuhören. Sie wußte also nicht, daß die Frau das Kind zum Arzt bringen mußte, daß der Mann betrunken nach Hause gekommen war, daß er sie geschlagen hatte. Manchmal konnte sie nicht aus dem Haus, solange der Mann nicht gegangen war, denn nicht alle Frauen besaßen die Fähigkeit, sich gegen den Mann aufzulehnen. So sehen wir, daß Frauen manchmal sehr wenig solidarisch untereinander sind.

2) Ein anderes Beispiel hat mich sehr beeindruckt. Bei einer Wahl eines Nachbarschaftszentrums, als Delegierte nach Häuserblocks gewählt wurden, die dann die Leitung der Nachbarschaftsorganisation zu wählen hatten, wurde eine Frau gewählt. Daraufhin beschwerten sich die Frauen des Viertels, denn sie sagten, daß die Aufgabe nur für einen Mann angemessen sei, da ein Mann fähiger sei.

Nach all diesen Erfahrungen können wir also sagen, daß die Frauenarbeit langsam voran geht, aber daß Frauen, wenn sie Maßstäbe bekommen und Bildung erhalten, in der Lage sind, sich zu entwickeln.

Aber es gibt auch ganz andere Beispiele für fehlende Solidarität unter chilenischen Frauen:

Wir Frauen aus den Elendsvierteln hatten uns organisiert, um bei der Volksabstimmung die Stimmabgabe zu kontrollieren. Dabei machten wir die folgende Erfahrung. Frauen aus den Oberklassevierteln kamen in luxuriösen Autos und eleganten Kleidern. Sie erschienen, um die Kontrolle über die Wahltische auszuüben. Als wir kamen, baton wir darum, die Stimmen mit "ja" und die Stimmen mit "nein" sehen zu können. Daraufhin sagten sie, daß wir in drei Meter Entfernung bleiben müßten und daß es ausreiche, wenn sie die Stimmen sähen. Also gab es für uns keinerlei Kontrollmöglichkeit.

LN: Zu einem ganz anderen Thema: Welche Möglichkeiten der Familienplanung und Geburtenverhütung gibt es?

Isabel Campos: Es gibt gar keine Möglichkeit für die Frauen aus den Elendsvierteln. Der Nationale Gesundheitsdienst existiert nicht mehr. Die Ärzte nehmen Frauen die intrauterinen Verhütungsmittel, die einige Frauen hatten, heraus. Sie haben sie ihnen auch herausgenommen, ohne daß die Frauen einverstanden waren, und mehr noch, ohne daß sie es wußten. Sie haben es erst in dem Moment erfahren, als sie schwanger geworden waren.

Daher gibt es heute in Chile keinerlei Möglichkeit wie die Elendsviertelbewohnerin selbst entscheiden kann, wieviele Kinder sie angesichts ihrer schwierigen Situation aufziehen kann.

LN: Gibt es viele alleinstehende Mütter?

Isabel Campos: Die Frauen in Chile sind heute noch sehr allein. Denn ihr Mann, der politischer Führer war, ist verschwunden, oder in der Mehrzahl der Fälle leiden sie unter dem 'Machismus', der sich so auswirkt, daß der Mann nicht zulassen oder zugestehen möchte, daß es die Frau ist, die den Haushalt aufrecht erhält. Die Frau ist allein geblieben. Dem gegenüber hat die Frau eine Einstellung bezogen. Angesichts einer Notlage kämpft die Frau. Ihr ist es einerlei, wie sie voran kommen kann und wie sie ihre Kinder am Leben erhalten kann. Daher gibt es heute in Chile - keine Statistiken, denn das verheimlicht man in Chile - eine große Anzahl von Hausfrauen, die sich prostituieren, um überleben zu können.

LN: Ihr habt festgestellt, daß in der Zeit der Unidad Popular relativ schwerwiegende Fehler gemacht wurden insofern, als die Probleme der Frauen nicht genügend zur Kenntnis genommen wurden

und daß sie aus diesem Grunde weitgehend außerhalb der Parteien geblieben sind. Wie siehst Du das?

Isabel Campos: Ich würde sagen, diesen Fehler hat nicht nur die Unidad Popular gemacht. Ich meine, das ist etwas, was allen Parteien fehlt: sie haben den Frauen nicht genügend Bedeutung gegeben. Sie haben sie in Frauenabteilungen gelassen, die niemals wichtige Aufgaben erhalten haben.

Leider ist es so, daß die Frauen in den linken Parteien oft nur die traditionellen Rollen ausführen, den Kaffee kochen, die Brötchen schmieren.

Damals haben die linken Parteien sich damit gerechtfertigt, daß es zu der Zeit eine übergeordnete Aufgabe gäbe, nämlich die Volksregierung zu sichern. Sie waren nicht in der Lage festzustellen, daß die Frauen eine wesentliche Rolle in allen politischen Fragen spielen.

Tatsächlich hatten wir danach feststellen müssen, daß es gerade die Frauen der Mittelklassen waren, die eine politische Rolle spielten und den Marsch der Kochtöpfe anführten, der stark dazu beitrug, daß die Volksregierung stürzte.

LN: Unterstützen diese Frauen die Junta heute?

Isabel Campos: Die Regierenden versuchen heute, ihnen eine bestimmte Orientierung zu verleihen. Sie zeigen ihnen, daß eine Regierung notwendig sei, unter der Frieden herrscht, wo es friedlich zugeht, wo ihre Kinder in Sicherheit sind, wenn sie auf der Straße sind, wo ihre Kinder sorglos herausgehen können und lernen können, wo der Mann ruhig zur Arbeit und zurück nach Hause gehen kann. Dabei geht die Diktatur von der besonderen Erziehung aus, die die Frauen bekommen haben. Ihre Erziehung verbietet ihnen jegliche Gewalt und läßt sie besonders stark einen Mutterinstinkt entwickeln, die Sorge um ihre Kinder steht im Mittelpunkt. So zeigt man ihr eine ruhige Straße, wo sie ruhig entlang laufen kann, ein geordnetes Land, in dem es keine Streiks und keine Besetzungen gibt. Da viele Frauen nicht nachdenken und nicht politisch sind, wissen sie nicht, was da geschieht. Es handelt sich einfach um etwas, was die Diktatur heute viel versucht. Sie zeigt ein Chile des Überflusses und der Ruhe (in den Massenmedien). Das fordert uns heraus. Wir fühlen uns dazu herausgefordert, ihnen ihre eigene Realität zu zeigen: daß es diese Ruhe nicht gibt - daß es darum geht, der Realität ins Auge zu sehen.

EL SALVADOR

Reforma agraria oder „Reforma agraria“ - die bittere Reform

Der nachfolgend abgedruckte Artikel erreichte uns als Brief aus El Salvador. Hier werden ausführliche Informationen über den Ablauf und die Auswirkungen der fragwürdigen Reform gegeben. Der Brief wurde von uns in unwesentlichen Teilen gekürzt.

Der Krieg in El Salvador ist nicht der Kampf eines Volkes gegen einen Diktator, sondern ein Kampf zwischen Klassen und er wird nicht nur militärisch ausgefochten. Die gegenwärtige Regierungsjunta wendet ihre ältesten und ihre modernsten Methoden an. Dabei ist das Projekt der Agrarreform Baustein in einem politischen Plan und ein durchaus ernstzunehmender Faktor.

Im März, als per Dekret die Landreform verkündet wurde, lachten die Leute, "Propagandazauber und nichts dahinter", und die Bauern wiesen bitter auf die Zahl der Toten: „Was für eine Reform ist das?“ Inzwischen ist sie aber nicht nur in der täglichen Radiopropaganda Realität geworden. Es gibt eine Agrarreform. Es sind 215.000 ha Land enteignet worden, es wurden Kooperativen eingerichtet und im Oktober erwartet man die erste Ernte.

Bedeutet diese Reform der Militärs und Christdemokraten, daß ein neuer Anfang gemacht wurde, die alte halbfeudale Struktur zu verändern? Und vor allem: wird sie die Bauern und Landarbeiter, die große Massenbasis der Volksorganisationen und Guerilla, von den Organisationen abbringen und in diesem Kampf neutralisieren?

Das aktuelle Projekt der Reform ist jedoch bei weitem radikaler als die Landreform in Nicaragua. Nach dem Gesetz sind in einer ersten Stufe alle Güter über 500 ha betroffen, in der zweiten Stufe diejenigen über 150 ha. Der Staat, der sozusagen als Kreditinstitut fungiert, zahlt den ehemaligen Eigentümern 25% in bar, den Rest in Form eines Bonus, der in die Industrie investiert werden kann. Auf den Gütern werden Kooperativen mit demokratisch gewählter Leitung eingerichtet und die Landarbeiter, die zukünftigen Eigentümer der Hacienda, können sich als Teilhaber einschreiben. Bevorrechtigt werden die Colonos, die auf dem Gut wohnen, dann die Tagelöhner, die in Bretter- und Kartonhütten rund um jede Hacienda hausen und jeweils eingestellt werden, wenn Arbeit anfällt. Und schließlich die Landarbeiter, die weit entfernt wohnen, aber regelmäßig zur Erntezeit auf der selben Hacienda nach Arbeit fragen. Alle Teilhaber bestimmen über die Verwaltung und sind an den Gewinnen beteiligt. Die Abzahlung läuft auf eine Frist von 30 Jahren.

Außerdem besagt ein von der US-Botschaft entworfenes Zusatz-Dekret, daß alle Bauern, die Land in Pacht oder Halbpacht bestellen, künftig Eigentümer dieses Landes werden, indem sie es in denselben langfristigen Raten abzahlen.

SOWEIT DIE THEORIE

Die Kuhhandel-Reform

So nannte sie einer der zahlreichen kritischen Techniker des Agrarinstitutes. Denn die Reform, in vielen Punkten unklar und flüchtig, ist in einem klar: der Kaffee - wichtigster Exportartikel und Grundpfeiler der Oligarchie - wird so gut wie nicht angerührt. Kaffee wird intensiv angebaut, auf Fincas, die größtenteils noch unter 150 ha liegen und fast nie über 500. Die zweite Stufe der Reform, die zumindest einen Teil des Kaffees betreffen würde, ist inzwischen aber auf Eis gelegt. Auch wurde den ehemaligen Eigentümern ein sogenanntes Reserverecht auf 100 ha innerhalb der Hacienda eingeräumt.

Aber trotz aller Kompromisse: es sind tatsächlich rund 150 Güter enteignet worden, und zwar gutes Land.

Eine Landreform ist nicht nur eine ökonomische Transaktion

Die technischen Schwierigkeiten bei der Durchführung sind groß. Die halbindustriellen Anlagen zur Kaffee- und Zuckerverarbeitung gelten als Industriebetriebe und sind deshalb überwiegend nicht in die Reform miteingeschlossen. Auf vielen Gütern ließen die ehemaligen Besitzer angesichts der Reform nicht nachsäen, haben die Maschinen oder das Vieh geraubt und die Haciendas verkommen lassen. Aber alle diese Schwierigkeiten können langfristig überwunden werden. Die ersten Ergebnisse werden mit der kommenden Ernte erwartet.

Auch die finanziellen Probleme werden die Reform nicht zum Scheitern bringen. Sie wird mit Millionenkrediten der USA finanziert und sofern die gegenwärtige Regierungsjunta für überlebensfähig gehalten wird, werden auch die Kredite weiterfließen. Aber eine Agrarreform ist nicht einfach eine ökonomische Transaktion, sondern stellt eine politische Prozedur dar, der auf die aktive Mitwirkung der Beteiligten angewiesen ist. Und der findet vor allem auf dem Land statt. Also bin ich auf die Suche nach ihm gegangen, in die hügelige Gegend von Sonsonate, einem Gebiet, in dem die radikalen Bauernorganisationen seit 1932 wenig Einfluß haben.

Was änderte sich mit der Reform?

Ein Leitungsmitglied der Kooperative auf der Hacienda Isidro versichert, daß alles bestens steht. Es gibt Schwierigkeiten mit den Krediten, die zu spät oder zu wenig ankommen, mit Saatgut und mit Düngemitteln. Der alte Besitzer hat den Zucker nicht nachgesät und es wird Schwierigkeiten mit der Verarbeitung geben, da die Mühle sein Eigentum ist. Trotz alledem, die Produktion läuft und die Hacienda wird zumindest nicht bankrott gehen.

Und was meinen die Landarbeiter? Alle haben sie diese Verschwörermiene auf dem Gesicht, so als wollten sie mich in einem Irrgarten herumführen. Einer vertraut mir dann doch in einer stillen Ecke an: „In diesem Land hier ist das Reden gefährlich, das mußt du verstehen. Aber wenn du wissen willst, was sich geändert hat: nichts hat sich geändert, das ist die Wahrheit. Schau, sie haben die Löhne um 80 Centavos heraufgesetzt, aber dafür gibt es weniger Arbeit. Sie sagen, daß sie nicht genügend Kredite haben, um so viele Leute anzustellen, wie früher. Wenn also einer 14 Tage hatte, hat er die nächsten 14 Tage keine. Unter dem alten Patron war es besser. Wir haben die Regierung nicht um diese Reform gebeten. Sie ist einfach über uns gekommen und wer weiß, ob sie die Hacienda nicht eines Tages zurückgeben werden“.

San Isidro ist eine der „ruhigen“ Haciendas. Der ehemalige Verwalter, der Aufseher, der Vorarbeiter üben die selben Funktionen aus wie früher. Die Landarbeiter sind unzufrieden oder gleichgültig, aber sie arbeiten, denn der Kampf um einen Arbeitsplatz ist härter geworden. Über die politischen Auseinandersetzungen hören sie von anderen Haciendas: In San Francisco ist die gesamte Leitung der Kooperative umgebracht worden. Mitglieder der faschistischen Organisation ORDEN hatten sie denunziert. In La Trinchera, wie in vielen anderen Haciendas sitzen die ORDEN-Leute in der Leitung und regieren als eine Art Mafia. Ganze Familien ziehen dann von den Gütern weg, um wenigstens ihr Leben zu retten.

So spiegelt sich die politische Wirklichkeit dieser Reform auf den Haciendas wider. Sie ist auf sehr unterschiedliche Weise und in allen Nuancen manifest: in dem tiefen Mißtrauen der Landarbeiter gegenüber „den Autoritäten“, dem Patron, dem Staat, den Funktionären. In der spöttischen Passivität der ehemaligen Colonos. In der tiefen Spaltung innerhalb der Bauern. Und in den tödlichen Auseinandersetzungen.

Die Spaltung der regierungstreuen Bauern

Die einzige Bauernorganisation, die die Agrarreform unterstützt hat, war die regierungstreue UCS. Die UCS wurde 1962 von dem „Amerikanischen Institut für freie gewerkschaftliche Entwicklung“ AIFLD gegründet, einer weltweit als Instrument der CIA bekannten Einrichtung. Sie bildeten die Bauernführer in den USA



Eine Landarbeiterin in Usulután:
"Seit der Reform kommt die Guardia
fast täglich. Sie kommen und verwü-
sten dieses Dorf."

aus und finanzieren sie bis heute. Mit der Reform schickte die UCS ihre Mitglieder als „promotores sociales“ aufs Land, eine Art Sozialarbeiter, die die Integration der Bauern in die Kooperativen fördern sollen. Inzwischen wurden aber mehrere UCS-Mitglieder verfolgt und getötet und das führte in den eigenen Reihen zur Spaltung. Ein Teil organisierte sich gleichzeitig in den Volksorganisationen und unterstützte den letzten Generalstreik gegen die Repression.

Die Widersprüche innerhalb des Militärs

Auf diese Weise hat die Reform die politischen Auseinandersetzungen verschärft und verallgemeinert, nicht nur unter den Landarbeitern, sondern auch innerhalb des Militärs. Am ersten Tag kam zusammen mit den Technikern des Agrarinstituts auch ein Trupp Soldaten mit auf die Haciendas. Die Armee sollte die Durchführung der Reform garantieren. Aber dem ultrarechten Flügel der Armee ist alles verdächtig, was Organisation ist und sie verfolgen auch die Techniker und die UCS-Mitglieder und sie bedrohen alle Bauern, die vom Dekret 207 zu sprechen wagen.

Dieses Dekret: „Jedem Bauern das Land, das er bestellt“ ist ein US-amerikanischer Beitrag zur Landreform und wurde nach einem Modell in Taiwan und Südvietnam entworfen. In El Salvador wurde es bis jetzt noch nirgendwo durchgeführt. Gegenüber den mittleren und großen Grundbesitzern verfügen die Bauern über keine praktischen Möglichkeiten, ihren Anspruch geltend zu machen oder sie sind in Kreditabhängigkeiten, ohne die sie das Land gar nicht bestellen können. Ein großer Teil der Bauern pachtet die kleinen Flecken Land aber vom Nachbarn und entrichtet die Pacht in Form einer Abgabe in Mais oder Bohnen. Hier soll das Land dem einen Armen genommen und dem anderen Armen gegeben werden - selbst die Pächter empören sich. So ist das Dekret Papier geblieben. Für die Militärs, die in manchen Gegenden Land an Bauern verpachten, ist es ein rotes Tuch.

Die Reform als Baustein einer Strategie

Direkt von der Reform betroffen sind damit die ehemaligen Colonos und die die auch früher den größten Teil des Jahres Arbeit hatten. Aber was ist mit der großen Mehrheit der landlosen Bauern? Mit denjenigen, die die Reform so dringend notwendig machten, der großen Basis der Volksorganisationen? Gegen sie haben sich die reaktionären und reformistischen Teile der Armee vereinigt, Guardia und Polizei, christdemokratische Junta und ORDEN.

Denn die Reform ist kein Versöhnungsprojekt, sondern Teil eines politischen Plans mit dem Ziel der Vernichtung der Volksorganisationen.

Landarbeiter aus Usulután berichteten, daß an jedem Zahntag die Armee auf den Haciendas erscheint. Sie kommt mit Namenslisten und verhaftet alle, die als subversiv verdächtig sind. Ein großer Teil der organisierten Bauern und Landarbeiter wagt deshalb seit langem nicht mehr, auf den Haciendas nach Arbeit zu fragen. Sie leben vom Sommermais, flüchten in die Lager des Erzbischofsamtes in San Salvador - oder gehen in die Guerilla. In den Provinzen Chalatenango, Cuscatlan, Cabanas, San Vicente und Morazan finden fast täglich Militärinvasionen statt. In dem Gebiet um Aguilar kommt die Polizei in Zivil, als „escuadrón de la muerte“ - die Todesschwadronen. „Für uns hat die Reform nur den Tod gebracht. Und für niemanden auf dem Land gibt es Ruhe, in keiner Weise.“



In Chalatenango: Nur wenige Bauern wagen es dort
noch wie er, auf die Felder zur Arbeit zu gehen.

Programm der FDR

Da die Möglichkeit besteht, daß in den befreiten Gebieten El Salvadors oder im Exil eine provisorische Demokratisch Revolutionäre Regierung gebildet wird, hat die Demokratisch Revolutionäre Union (UDR), die sich aus den wichtigsten kämpfenden Vorkorganisationen zusammensetzt, in den letzten Tagen ihr Regierungsprogramm bekanntgegeben. Das Dokument fasst auf 32 Seiten die wichtigsten Ziele der Demokratisch Revolutionären Regierung von El Salvador zusammen und erläutert die zu deren Durchsetzung erforderlichen Strategien und politischen Maßnahmen. Die Grundzüge dieser Erklärung basieren auf einer gemischten Wirtschaft des Landes mit einem sich auf die Macht des Volkes stützenden politischen System pluralistischer Parteien, dessen vorrangige Aufgabe die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes ist.

In der Regierungserklärung wird hervorgehoben, daß bis heute alle Bemühungen des salvadoranischen Volkes, Elend und Unterdrückung zu überwinden, durch die herrschenden Klassen des Landes mit Gewalt unterdrückt worden sind, weshalb sich „zu keiner Zeit ein friedlicher Weg zur Lösung der nationalen Probleme abgezeichnet hat.“

„Die wirtschaftliche und politische Krise des abhängigen kapitalistischen Systems unseres Landes, sowie der Druck der Volksbewegungen haben sich jedoch zu einer wirksamen Partei vereinigt, die den revolutionären Prozeß hervorgebracht und gleichzeitig die Bedingungen geschaffen hat, die dem Volk die Übernahme der Macht ermöglichen. Die revolutionäre Umformung unserer Gesellschaft ist kein ferner Traum mehr, sondern mögliche und absehbare Wirklichkeit.“ Der derzeitige Kampf unseres Volkes ist daher auch darauf ausgerichtet, „die Macht zu erobern und eine demokratische revolutionäre Regierung zu errichten.“ Diese Regierung soll sich aus den Vertretern der revolutionären Gruppen und der Volksbewegungen zusammensetzen, sowie aus Parteien, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die bereit sind, beim Aufbau einer neuen Gesellschaft mitzuhelfen. Die neue Regierung wird sich „auf eine breite soziale und politische Basis stützen, die sich in erster Linie aus Arbeiterschaft, Campesinos und fortschrittlicher Mittelschicht zusammensetzt, weiterhin aber auch aus allen sozialen Schichten, die am Aufbau der neuen Gesellschaft interessiert sind: kleine und mittlere Unternehmer aller Industrie-, Wirtschafts- und Dienstleistungssektoren, der progressive Klerus, demokratische Parteien, sowie die fortschrittlichen Teile der christdemokratischen Partei. Ebenso alle ehrenhaften und aufrichtigen Offiziere des Heeres, sowie alle, die für die Errichtung einer wirklichen Demokratie kämpfen, die sich für die Belange der Volksmassen einsetzt.“

Es wird das politische Charakteristikum der neuen Gesellschaft sein, das sie sich am Volk orientiert und vom Volk geführt werden wird, das sich zu diesem Zweck in demokratischen, revolutionären und wirklichen Volksorganisationen zusammenschließt. Eine solche Organisation wird es El Salvador ermöglichen, seine wirkliche politische Unabhängigkeit zu erlangen sowie schließlich unumschränkt das Recht auf freie Selbstbestimmung auszuüben und so als Nation würdig den Platz einzunehmen, der dem Land gebührt.“

Friede und Freiheit des Volkes „werden ihre solide Basis in wirtschaftlichem und sozialen Fortschritt haben und nicht in demagogischen Erklärungen und metaphysischen Prinzipien wie bisher.“

Weiterhin wird die neue Gesellschaft durch unumschränkte Religionsfreiheit gekennzeichnet sein, sowie durch eine völlige Neuordnung des Rechtswesens, das die wirklichen Interessen der Arbeiter, Campesinos und der Mittelschicht widerspiegeln soll und „das auf universellen und nicht klassenspezifischen Prinzipien aufbauen und nach diesen Prinzipien angewendet werden soll.“

Die öffentlichen Belange werden durch einen ehrenhaften, beweglichen, technokratischen, institutionellen Apparat verwaltet werden, der sich als Dienst am Volk verstehen und von tiefem revolutionärem Bewußtsein erfüllt sein soll.

Im sozialen Bereich wird die neue Gesellschaft hauptsächlich die Grundbedürfnisse des Volkes in zunehmendem Maße zu befriedigen suchen; das bezieht sich sowohl auf den privaten Konsumgüter- und Dienstleistungsbereich als auch auf die öffentlichen Verbrauchsgüter.

Eine gleichberechtigte Entwicklung von Mann und Frau soll mit allen Mitteln vorangetrieben und so ein neues Bewußtsein volles Solidarität, sozialem Verantwortungsgefühl und Gemeinschaftsgeist auf breiter Basis verankert werden. „Das wird es uns ermöglichen, eine Gesellschaft wachsenden Friedens und öffentlicher Sicherheit zu schaffen, in der alle Übel, Verbrechen und sonstige Formen sozialer Unverantwortlichkeit von der Wurzel her bekämpft werden.“

In dieser neuen Gesellschaft wird das Volk eine soziale und kulturelle Persönlichkeit entwickeln, die wahrhaft national, revolutionär und dem Volke dienlich sein wird.

Im wirtschaftlichen Bereich wird der Produktionsapparat darauf ausgerichtet werden, die unmittelbaren Bedürfnisse der Industrie- und Landarbeiterschaft zu befriedigen und die berechtigten Hoffnungen des Mittelstandes zu erfüllen. Die tragende Achse der revolutionären Volkswirtschaft wird eine neue Form der Interrelation der Produktionskräfte (was

immer das bedeutet d.Red) sein, die der Enteignung der wichtigsten Produktionsmittel entspringt, die sich zur Zeit noch in den Händen der einheimischen Oligarchie und der ausländischen Monopole befinden. Dieser Bereich sozialen Eigentums wird harmonisch mit dem verbleibenden Privateigentum koexistieren. Mehr noch: in der neuen Wirtschaft wird der kleine und mittlere Besitz von Produktionsmitteln nicht nur mit dem neuen Bereich des sozialen Eigentums vereinbar sein, sondern auch auf breiter Basis respektiert und von der Demokratisch Revolutionären Regierung gefördert werden.

Hingegen wird die neue Wirtschaft El Salvadors nach dem Prinzip der zentralisierten Planung arbeiten, die dem Chaos und der Willkür der Kräfte des freien Marktes, die die derzeitige wirtschaftliche Instabilität bewirken, eine Ende bereiten wird. In dieser Phase der wirtschaftlichen Neuorientierung wird eine größere Beteiligung des Industriesektors gesucht und weniger Wert auf die traditionellen Agrarexporte gelegt werden. Außerdem soll das künstliche und deformierte Wachstum des Dienstleistungsbereiches korrigiert werden. Der Produktionsapparat wird durch die volle Beteiligung der Arbeiter, Landarbeiter und des Mittelstandes an Entscheidung, Mitbestimmung und

Aufsicht in den Betrieben in Gang gehalten werden. Es herrscht allerdings völlige Klarheit darüber, daß alle diese wirtschaftlichen Reformen nur sehr schwer durchzuführen sein werden, da die Produktivkräfte, ein Produkt der derzeitigen, von imperialistischen Auslandsinteressen abhängigen, kapitalistischen Regierungen und der Ausplünderung durch die einheimische Oligarchie, kaum ausgebildet sind. Daher müssen wir die geistigen und menschlichen Qualitäten des Individuums und der Gesellschaft als Ganzes zu verbessern suchen. Der Aufbau dieser neuen Gesellschaft erfordert die engagierte und organisierte Mitarbeit unseres ganzen Volkes, besonders die Organisation und ständige Weiterentwicklung der Arbeiterklasse, der Campesinos und der fortschrittlichen Teile des Mittelstandes.

Als vorrangigste und wichtigste Aufgabe eines Entwicklungsrahmens der neuen Gesellschaft gelten die völlige Demontage des derzeitigen Rechtswesens und die Neuorganisation des bürokratischen Verwaltungsapparates, dessen pro-oligarchischer Klassencharakter ausgelöscht werden muß. Sowohl das Rechtswesen als auch die Verwaltung muß den Interessen des Volkes dienen und sie verteidigen

Proceso, 8. September 1980



ARGENTINIEN

Montoneros: Trennung und neue Linie

Im April dieses Jahres wurde bekannt, daß sich die peronistischen Montoneros gespalten haben. Die Dissidenten werfen der Führung der Montoneros fehlende innerparteiliche Demokratie und eine falsche politische Linie vor.

Um diesen Konflikt verständlicher zu machen, wollen wir zunächst kurz die Entwicklung der Montoneros zusammenfassen und dann die Kritik und die politischen Vorstellungen der neuen Montonero-Organisation darstellen.

Die Jahre 1968/69 der Militärdiktatur unter General Onganía waren durch ein Anwachsen des Widerstandes gekennzeichnet, der in einigen Fällen die Form eines offenen Aufstandes annahm, wie z.B. im Mai 1969, als die Stadt Córdoba sechs Tage lang gegen das Militär gehalten wurde.

Diese Erfahrungen führten zur Gründung verschiedener Guerrillaorganisationen, darunter auch der der Montoneros. Die Montoneros kamen aus der stärker basisorientierten Richtung des Linkspersonismus. Ihr Führer war (und ist noch) Mario Firmenich. Die spektakulärste Aktion war die Entführung, Verurteilung und Hinrichtung von General Aramburu (Mai 1970), des Führers des Militärputsches gegen Perón von 1955.

Als die Militärdiktatur unter General Lanusse, dem Nachfolger Ongánias, für den März 1973 Wahlen ausschrieb, entschieden sich die Montoneros – trotz ihrer früheren Ablehnung von Wahlen – als Wahlkämpfer aktiv das peronistische Wahlbündnis FREJULI unter dem Kandidaten Hector Cámpora zu unterstützen. Unter den Regierungen Cámporas und Peróns (ab September des gleichen Jahres) genossen die Montoneros zunächst einen größeren politischen Spielraum. Allerdings brachen schon bald schwere Konflikte innerhalb des heterogenen Wahlbündnisses auf: die Rechtspersonisten um Perón und die Gewerkschaftsbürokratie vertraten ein wirtschaftliches Konzept zugunsten der nationalen Unternehmer bei gleichzeitiger Kontrolle der Gewerkschaften. Die Linkspersonisten dagegen forderten "patria socialista", ein "sozialistisches Vaterland" mit radikalen Veränderungen der Wirtschaftsstruktur. Diese Auseinandersetzung über die Politik des Peronismus wurde auf beiden Seiten auch mit Gewalt ausgetragen.

Perón, die Integrationsfigur der gesamten Bewegung, hielt sich zunächst in dem Konflikt zurück. Doch am 1. Mai 1974 verurteilte er auf einer Großkundgebung scharf die Peronistische Arbeiterjugend und die Montoneros, woraufhin ungefähr die Hälfte der Anwesenden den Platz verließen. Kurz nach dem Tod Peróns beschloßen die Montoneros, wieder den bewaffneten Kampf aus dem Untergrund heraus aufzunehmen und wurden kurz darauf verboten.

Rückblickend beurteilt die Dissidentenfraktion der Montoneros die Strategie des bewaffneten Kampfes in Form der Stadtguerrilla sehr kritisch: Nach dem Tode Peróns "versuchten wir, uns als Avantgarde an die Spitze der peronistischen Bewe-

gung zu setzen, wobei wir ... die Strategie des langen Volkskrieges vertraten. Wir gingen von der unbegründeten Behauptung des Übergreifens des bewaffneten Kampfes auf die Massen aus, aber unsere avantgardistische und militaristische Konzeption isolierte uns von den Massen."

Nach dem Militärputsch vom 24. März 1976 hatten die Montoneros schwer unter der Repression zu leiden und konnten nur noch kurze Zeit den aktiven Widerstandskampf aufrecht erhalten. Die Isolierung ihres Widerstandes und ihre immer geringere politische Bedeutung machte ein Überdenken der politischen Linie notwendig.

Trotz verschiedener Selbstkritiken und der Unterbreitung von Vorschlägen zur Vereinheitlichung der gespaltenen peronistischen Bewegung kam es nicht zu einer qualitativen Veränderung der politischen Konzeption und Praxis der Montoneros. Im Gegenteil: im Oktober 1978 beschloß die Nationale Führung des Movimiento Peronista Montonero die Einleitung einer "Gegenoffensive des Volkes" (contraofensiva popular), die durch direkte bewaffnete Aktionen und Propagandaarbeit zum Volksaufstand gegen die Militärdiktatur führen sollte. Ein Teil der Führungskader der Montoneros kehrte aus dem Exil nach Argentinien zurück, um sich am Kampf zu beteiligen. Die Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, die Unterschätzung der Schlagkraft des Gegners und die mangelnde Integration in die Kämpfe der Arbeiterklasse hatten verheerende Konsequenzen: mehr als die Hälfte der Führungskader im Land wurden verhaftet oder getötet. Dies hatte zur Folge, daß einige der Sektoren der Bewegung ihre gesamte Führungsspitze verloren, ganz zu schweigen von den anderen Gefallenen und Verhafteten, über die die Montonero-Führung nichts bekannt gab.

Die Krise der Montoneros

Diese Politik der Nationalen Führung traf auf wachsenden Widerstand innerhalb der eigenen Bewegung. Dies wurde Anfang 1979 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als Galimberti und der bekannte argentinische Dichter Juan Gelman mit einem offenen Brief ihren Austritt aus der Montonero-Bewegung bekannt gaben. Sie begründeten diesen Schritt mit der fehlenden innerparteilichen Demokratie und dem Elitismus der Nationalen Führung, wodurch es nicht möglich sei, die falsche Konzeption der fokistischen Guerrilla durch innerparteiliche Diskussion zu ändern. Den Führungskadern wurde ihre fehlende Bereitschaft zu Diskussion und Selbstkritik vorgeworfen. Diese reagierten auf diese Vorwürfe lediglich mit einer Verunglimpfung ihrer Gegner, die als Verräter bezeichnet wurden.

Im Dezember 1979 formulierte eine weitere Gruppe von Montoneros erneut eine scharfe Kritik und Selbstkritik. Auch sie beklagten das Fehlen der innerparteilichen Demokratie und lieferten eine vernichtende Analyse der Ergebnisse der "Gegenoffensive", die vielen Genossen das Leben gekostet habe, aber die angestrebten Ziele verfehlt habe, da die militaristische Strategie vollkommen am Stand der Klassenauseinandersetzungen in Argentinien vorbeigeinge.

Zum Problem der innerparteilichen Demokratie wird ausgeführt: "Es gibt eine immer stärkere Lähmung der Praxis von Kritik und Selbstkritik... Die vertikale Hierarchisierung der Kader reduziert den demokratischen Zentralismus auf einen reinen Zentralismus... Dies führt dazu, daß sich taktische und selbst strategische Fehler wiederholen können, da ihre Korrektur ausschließlich auf der größeren oder kleineren Einsicht und Kapazität zur Selbstkritik der Kader, die die Nationale Führung innehaben, beruht. Führen bedeutet nicht einfach die Verabschiedung von Resolutionen, die die Gesamtheit ausführen muß, sondern die Zusammenfassung der Ansichten der Gesamtheit der Bewegung und ihre Umsetzung in Direktiven ...

Die Widersprüche im Klassenkampf setzen sich auf unterschiedliche Weise auch bei den Kadern durch ... Die Einheit entsteht daher durch die dialektische Synthese dieser Tendenzen."

Zur Überwindung dieser Struktur stellen die Kritiker folgende Forderungen auf:

- Abschaffung der militärischen Grade und der militärischen Disziplin außerhalb des bewaffneten Arms der Montonero-Bewegung,
- freie Meinungsäußerung der verschiedenen Tendenzen in einem Rundbrief,
- schnellstmögliche Einberufung eines Kongresses zur Diskussion über die Struktur und die politische Linie.

Die Reaktion der Nationalen Führung war negativ: weder die Forderungen nach innerparteilicher Demokratie noch die nach einer Revision der "Gegenoffensive" wurden ernsthaft diskutiert. Stattdessen gab die Nationale Führung ein Bulletin mit ihrer Einschätzung der Ergebnisse der "Gegenoffensive" heraus. Darin werden zwar einige Irrtümer bei der Analyse der Kräfteverhältnisse zugegeben, die Resultate der "Gegenoffensive" jedoch sehr positiv bewertet.

Am 18. März 1980 wurde schließlich in einem gemeinsamen Kommuniqué die Trennung der beiden Gruppen bekannt gegeben. Übereinstimmend stellen sie fest, daß das gemeinsame Ziel auch weiterhin die Beseitigung der "Herrschaft von Oligarchie und Imperialismus ist." Wegen der gravierenden taktischen und strategischen Differenzen sei aber eine Zusammenarbeit innerhalb einer Organisation nicht mehr möglich. Da aber die allgemeinen politischen Konzeptionen trotzdem noch viele Gemeinsamkeiten aufwiesen, solle in Zukunft ein politisch-ideologischer Dialog aufgenommen werden, um nicht durch gegenseitige Feindschaft dem Gegner zu nützen.

Die Gruppe um die Nationale Führung, die die alte Strategie beibehalten will, nennt sich weiterhin MOVIMIENTO PERONISTA MONTONERO, während sich die Gruppe der Kritiker den Namen MONTONEROS DE 17 DE OCTUBRE nennt. (Am 17. Oktober 1945 erzwangen die argentinischen Arbeiter die Freilassung des verhafteten Perón. Der Tag gilt als symbolischer Geburtstag der peronistischen Bewegung.)

Ziele der Montoneros de 17 de Octubre

In einer Pressekonferenz stellten die Montoneros de 17 de Octubre (M-17) ihr politisches Programm vor. Dabei gehen sie von einer Selbstkritik an der Überschätzung der Funktion des bewaffneten Kampfes und der Unterschätzung der politischen Arbeit an der Basis der peronistischen Bewegung aus. Die politischen Vorschläge von M-17 beinhalten den Versuch, die peronistische Bewegung wieder zu vereinen und die Militärjunta durch ein breites Oppositionsbündnis auch mit den nicht-peronistischen Parteien zu isolieren.

Um das erste Ziel - die Wiedervereinigung des Peronismus - zu erreichen, soll einerseits eine Diskussion mit den verschiedenen Fraktionen der peronistischen Bewegung in Gang gesetzt werden, die zu der Bildung einer "Frente Peronista de Liberación" (Peronistische Befreiungsfront) führen soll. Dieser Prozeß soll nach M-17 nicht nur auf der Ebene der Führungsspitzen ablaufen: "In jeder Fabrik, jedem Betriebsrat, jeder Schule, in den Nachbarschaftszentren, in den Kooperativen, den Universitäten, in den religiösen Gemeinden ... sind die Zeichen des historischen Peronismus vorhanden. Es ist nötig, ihnen neue Impulse zu geben und die verschiedensten Organisationen zu schaffen, mit dem Ziel, der Militärdiktatur legale Spielräume politischen Handelns abzurufen. ... In der gegenwärtigen Phase geht es also darum, größere legale und halb-legale Spielräume für die Massenorganisationen zu erkämpfen."

Dem Projekt der Militärdiktatur, die nicht-peronistischen Parteien an einem "politischen Dialog" zu beteiligen, ihnen damit gewisse Rechte zuzugestehen und damit die Isolierung der Junta zu überwinden, setzt M-17 das Projekt der Formierung einer Frente Cívico de Oposición (Zivile Oppositionsfront) gegenüber, an der sich alle nationalen Sektoren beteiligen sollen, deren politische und wirtschaftliche Interessen von dem gegenwärtigen Regime unterdrückt werden. Hauptziel einer solchen Oppositionsfront soll die Erkämpfung der politischen Demokratie ohne Parteienverbote und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten sein. Dabei wird ausdrücklich auf das Beispiel Nicaragua verwiesen um klarzumachen, daß zuerst der Hauptfeind Militärdiktatur beseitigt werden muß, bevor man eine Auseinandersetzung über die weitere Richtung der Entwicklung führen kann.

Bei diesem Projekt geht M-17 aber nicht davon aus, daß allein die Aktionen einer solchen Oppositionsfront die Militärdiktatur beseitigen könne. Sie soll der Erkämpfung der unmittelbaren Ziele dienen, während der endgültige Sturz des Regimes nur durch bewaffneten Kampf zu erreichen sei. Dazu muß, so M-17, eine revolutionäre peronistische Partei gegründet werden, die durch ihre Verankerung in den verschiedenen Organisationen der Arbeiterklasse und des Volkes diesen Kampf führen kann.

Die Selbstkritik der Montoneros de 17 de Octubre zeigt die Faktoren auf, die dazu führten, daß der Widerstand der Montoneros zu keiner ernsthaften Bedrohung der Militärdiktatur werden konnte: die Unterordnung der politischen Arbeit in den Gewerkschaften und Volksorganisationen unter die Anforderungen des militärischen Kampfes isolierte die Montoneros von den tatsächlichen Kämpfen in Argentinien. Diese Isolierung setzte sie verstärkt der Repression des Militärs aus, da der Montonero-Guerrilla im bewaffneten Kampf natürlich überlegen ist. Diese Fehler in der politischen Linie der Montoneros konnten infolge der hierarchischen Struktur und der fehlenden innerparteilichen Demokratie nicht korrigiert werden.

Die Abwendung von der Überbetonung der militärischen Aktionen und der Vorschlag zu einer Diskussion, die zumindest die fortschrittlichen Teile des Peronismus



wieder vereinigen soll, ist die notwendige Konsequenz dieser Selbstkritik. Allerdings ist es fraglich, ob dieser Vorschlag auf eine positive Resonanz trifft, und wenn ja, ob ein Einigungsprozeß in absehbarer Zeit zu konkreten Erfolgen führen wird, wenn man sich die Heterogenität der peronistischen Bewegung vor Augen hält.

Was den Vorschlag der Bildung einer Oppositionsfront mit den nicht-peronistischen Parteien angeht, so ist zweifelhaft, ob diese bereit sein werden, ihren geringen politischen Spielraum durch ein Bündnis mit den Montoneros aufs Spiel zu setzen. Hinzu kommen die langfristig sehr unterschiedlichen Interessen dieser Parteien, die trotz der demokratischen Forderungen von M-17 deren Forderungen nach einer revolutionären Umgestaltung sicher nicht vergessen werden. Der Verweis auf Nicaragua wird sie wohl kaum beruhigen.

Auf absehbare Zeit wird das Hauptgebiet der Auseinandersetzungen in Argentinien der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und ihr Kampf für die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Rechte und Freiheiten bleiben.

»Das Volk hat nicht immer recht«

General a.D. Saint Jean, Gouverneur von Buenos Aires und bekannt für seine markigen Sprüche ("Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Kollaborateure, dann die Sympathisanten, danach die Indifferenten und zum Schluß die Lauen") stellte kürzlich in einer Rede sein Verständnis von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit dar:

"Es ist keineswegs sicher, daß das Volk sich nie irrt oder immer recht hat", stellte der General fest. Denn "die Mehrheit kann in ihrer Gesamtheit nicht etwas besitzen, was die Individuen nicht haben, das heißt, sie ist nicht allwissend. Sie irrt sich wie jedermann... Man darf die Demokratie nicht vergötzen. Sie ist zwar die geeignetste Methode, die man bisher gefunden hat, um Regierungen zu wählen, aber wenn wir das politische Leben nicht anständig ordnen, dann können wir auch nicht mit Hilfe der Demokratie die besten Regierenden bestimmen."

Er beklagte, daß allzu viele Politiker in ihren Reden nur an Gefühle appellieren und dabei die Vernunft zu kurz kommt. Dies führt dann zu groben Fehleinschätzungen: "Man bekommt den Eindruck, daß populistische Regierungen empfindsam sind gegenüber dem menschlichen Leiden und sich um alle Einwohner sorgen, und daß die Militärregierungen unsensibel sind und sich nicht um die Armut kümmern, die im Land existiert. Dieser Eindruck ist weit verbreitet, und fast die ganze Welt ist davon überzeugt, daß Armut ein Kind der Ungerechtigkeit ist. Dies ist einer der großen und ständig wachsenden Irrtümer. Armut ist nicht das Kind von Ungerechtigkeit, sondern von Unterentwicklung."

Damit sich die Armut nicht noch weiter ausbreitet, ist Saint Jean auch gegen die Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen an der Universität, "denn das große Problem besteht darin, daß dadurch die Gruppe der Freiberuflichen proletariisiert würde, wenn Diplomanden auf den Markt geworfen werden, die dieser gar nicht absorbieren kann. Dann entstehen frustrierte Individuen, die mit ihrer Gesellschaft unzufrieden sind, weil sie ihnen ihre Anstrengungen nicht mit einem angemessenen Einkommen vergütet."

(Quelle: CLARIN, Buenos Aires, 23. - 29. September 1980)

Wirtschaftsnachrichten

Bundesdeutscher Kredit für KWU-Geschäft

Nachdem im Juli dieses Jahres die argentinische Regierung den Vertrag zwischen der Nationalen Atomenergiekommission und der bundesdeutschen Kraftwerksunion (KWU) über den Bau des Atomkraftwerks Atucha II genehmigt hatte, wurde nun von einem bundesdeutschen Bankenconsortium ein Kredit in Höhe von 850 Mio. DM (abgesichert durch eine Bundesbürgschaft) und von der Kreditanstalt für Wiederaufbau ein Kredit in gleicher Höhe bereitgestellt. Dieser 1,7 Mrd.-Kredit dient der Finanzierung von Lieferungen und Leistungen der KWU.

Ein Schweizer Bankenconsortium stellt einen Kredit in Höhe von 373,6 Mio. sfr. zur Verfügung, der der Bezahlung der Schwerwasseranlage dient, die von der Fa. Gebrüder Sulzer AG gebaut werden soll.

BRD bei Direktinvestitionen an 3. Stelle

Bei den zwischen März 1977 und Juni 1980 genehmigten Direktinvestitionen in Argentinien, lag die BRD hinter den USA und den Niederlanden an dritter Stelle. In diesem Zeitraum wurden Investitionen in folgender Höhe genehmigt (nach Herkunftsland):

USA	652,2 Mio. US-Dollar
Niederlande	217,0
BRD	141,5
Italien	118,1
Frankreich	101,2
Spanien	90,7
Schweiz	36,0

Ansteigen der Auslandsverschuldung

Die argentinische Auslandsverschuldung hat 1979 um 40% gegenüber dem Stand von Dezember 1978 zugenommen. Die Auslandsverschuldung betrug am 31. Dezember 1978 13,633 Mrd. US-Dollar und im Dezember 1979 19,034 Mrd. Dollar.

Handelsbilanz negativ

Nach offiziellen Schätzungen wird die argentinische Handelsbilanz 1980 erstmals seit 1975 negativ sein. Dies liegt daran, daß infolge der Gesetze über die Erleichterung von Importen die Einfuhren 1980 um ca. 36% steigen werden. Dagegen ging der Exporterlös Argentiniens im ersten Halbjahr dieses Jahres um 4% zurück. Dies hängt vor allem mit der schlechten Getreidernte zusammen: die Getreidexporte sanken in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 35% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Das stellt für die argentinische Wirtschaftspolitik ein besonders schweres Problem dar, da die Politik von Martínez de Hoz darauf setzt, die "Entwicklung" der argentinischen Wirtschaft durch die Exporterlöse vorwiegend aus dem Agrarsektor zu finanzieren.

(Alle Angaben aus "Wirtschaftsbericht Lateinamerika" der Deutschen Bank, April 1980 und August 1980)

SPENDENSAMMLUNG FÜR BOLIVIANISCHE OPPOSITION VERBOTEN!

Die folgende Information der ILA in Bonn über das Verbot einer Spendenaktion für Bolivien erscheint uns so wichtig, daß wir sie in vollem Wortlaut veröffentlichen. Das seltsame Verständnis des Ordnungsamtes in Bonn über das friedliche Zusammenleben der Völker macht es ratsam, sich für ähnliche Fälle ausführlich juristisch beraten zu lassen.

Eine von der Informationsstelle Lateinamerika e.V. für den heutigen Tag (22. August) geplante Straßensammlung für die Unterstützung des "Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien" ist vom Ordnungsamt der Stadt Bonn untersagt worden.

STADT BONN BEZEICHNET UNTERSTÜTZUNG DEMOKRATISCHER BEMÜHUNGEN IN BOLI- VIEN ALS VERFASSUNGSWIDRIG

Begründung: Der angegebene Spendenzweck "für die Verteidigung der Demokratie in Bolivien" sei unvereinbar mit dem Art. 26, Abs. 1 des Grundgesetzes, der besagt, daß "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören...", verfassungswidrig sind. Trotz unserer Bemühungen, die Beamten über die politischen Verhältnisse in Bolivien aufzuklären und trotz des Hinweises, daß sowohl die SPD als auch die IG Metall Spendenkonten für den gleichen Zweck eingerichtet haben, wurde uns die Sammlungserlaubnis verweigert. Selbst eine mündlich erteilte Unbedenklichkeitserklärung des Auswärtigen Amtes konnte das Ordnungsamt nicht von der Vermutung abbringen, wir würden mit dieser Sammlung gegen eine Regierung arbeiten und damit den Frieden der Völker stören.

Wir halten diesen Vorgang auch deshalb für skandalös und unverschämt, weil Parteien, Gewerkschaften und Kirchen in der Bundesrepublik den Putsch in Bolivien scharf verurteilt haben und der bolivianischen Opposition ihre volle Solidarität zugesichert haben - so z.B. Außenminister Genscher in einem Gespräch mit bolivianischen Gewerkschaftern vor wenigen Tagen in Bonn. Ob der Außenminister den Artikel 26 des Grundgesetzes nicht kennt?

Wir halten die Solidarität mit dem bolivianischen Volk in diesen Tagen für besonders wichtig, und sie sollte sich nicht nur in schönen Worten, sondern auch in konkreten Taten zeigen. Daran hat uns die Stadt Bonn gehindert. Die Beamten des Ordnungsamtes haben sich damit - wenn auch unfreiwillig - zu Komplizen der Militärdiktatur in Bolivien gemacht, denn jede verweigerte Hilfeleistung für die verfolgte Opposition bedeutet zwangsläufig eine Stärkung der Militärdiktatur und eine Verlängerung der grausamen Verfolgung und Unterdrückung, unter der das bolivianische Volk in diesen Tagen zu leiden hat.

Wir werden uns von unserem Bemühen um konkrete und praktische Solidarität mit dem bolivianischen Volk nicht durch eine kleinkarierte Beamtenentscheidung abbringen lassen und bitten die Bonner Bürger, uns ihre Spenden anzubieten - das ist ja schließlich nicht verboten.

El Salvador — BRD: Asylsuche im Dom

Stellvertretend für das salvadoranische Volk hatten am 26.9.1980 über 100 Mitglieder von El Salvador-Solidaritätsgruppen aus der BRD und Westberlin, darunter zahlreiche Mitglieder von Studentengemeinden sowie katholische und evangelische Geistliche, im Kölner Dom um Asyl nachgesucht. Mit dieser Aktion sollte erreicht werden, daß sich die katholische Bischofskonferenz bei der Bundesregierung für einen völligen Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur Militärjunta in El Salvador einsetzt. Zum aktuellen Anlaß der Aktion erklärten Mitglieder der Solidaritätsgruppen: "Gerade erst am letzten Wochenende, am 18. und 19. September, wurden in El Salvador 50 Kirchenbesetzer erschossen, die sich dem Hungerstreik der politischen Gefangenen angeschlossen hatten. Militärs und Todesschwadronen stürmten zwei besetzte Kirchen und metzelten insgesamt 41 Menschen im Inneren der Kirchen nieder. Neun der Besetzer wurden gefangengenommen. Am nächsten Tag fand man ihre Leichen mit dem eingebrannten Zeichen der Todesschwadron (EM). Damit diese erschütternden Vorgänge und der Ruf nach Solidarität, den das salvadoranische Volk an uns alle richtet, nicht ungehört bleiben, setzen wir fort, was diesem Volk mit Waffengewalt verwehrt wird: Die Kirche zum Ort des Protestes gegen die Ungerechtigkeit zu machen!" Die Forderungen, die bei dieser friedlichen Aktion an die deutschen Bischöfe gestellt wurden, um sich für das salvadoranische Volk einzusetzen, lauten:

- Entsendung eines kompetenten Vertreters der deutschen Bischofskonferenz zum Gespräch mit den "Asylsuchenden" über die Lage in El Salvador.
 - Eine Solidaritätserklärung der deutschen Christen an die Kirche in El Salvador.
 - Massive Einwirkung auf die Bundesregierung mit dem Ziel des Abbruchs jeglicher wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zur Junta in El Salvador.
 - Appelle an die US-Regierung, "jegliche Militärhilfe einzustellen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern" (Erzbischof Romero).
- Während der Verhandlungen mit dem Generalvikar lehnte es dieser ab, ein Gespräch mit einem anwesenden Jesuitenpater aus El Salvador zu führen und sich damit über die Lage in El Salvador zu informieren. Zu einer weiteren bitteren Erfahrung für die "Asylsuchenden" wurde die von der Amtskirche angeordnete polizeiliche Räumung des Domes und die folgende Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Wir bitten euch, durch Stellungnahmen und Briefe an das Generalvikariat, an Kardinal Höffner und an bekannte Theologen euren Protest gegen diese Maßnahmen und gegen die unsolidarische Haltung der Amtskirche zum Ausdruck zu bringen.

Solidaritätsarbeit mit Ecuador

Aufruf zur Solidaritätsarbeit mit den Volksbewegungen in Ecuador

Die Volksbewegungen Ecuadors lassen sich grob folgenden Hauptsektoren zuordnen: Kampf für authentische indianische Lebensformen und -möglichkeiten (z.B. Kampf der Shuani), Befreiung von Abhängigkeit, Ausbeutung und Elend auf dem Agrarsektor (Gewerkschaften der Landarbeiter und Kleinbauern), Widerstand gegen die ökonomische, politische und gesellschaftliche Marginalisierung aufgrund des Mangels an produktiv-sinnvoller Beschäftigung im näheren und weiteren Umkreis der Industriezentren und Städte. Hinzu kommen noch die Kämpfe städtischer Mittelschichten gegen die Verschlechterung ihrer Situation (z.B. Streiks gegen die Erhöhung von Grundnahrungsmittelpreisen).

Neben den unmittelbaren ökonomischen Existenzproblemen und den Repressalien und Schikanen durch Sicherheitskräfte, Unternehmer und Großgrundbesitzer sehen die Organisationen dieser Sektoren ein Hauptproblem im Mangel an Erfahrung als politische Massenkraft bei den objektiv Betroffenen und ihren eigenen Mitgliedern sowie dem fehlenden Bewußtsein über das Verhältnis von Gesamtentwicklung und eigener Situation. In einer Solidaritätsarbeit sehen sie daher eine echte Hilfe, wenn sie einerseits Hilfe gegen die staatliche Repression (z.B. als Unterstützung von Familien von Verhafteten) oder materielle Hilfe für Bewußtseinsarbeit und Koordinierung sonst vereinzelter Ansätze ist (z.B. für Kommunikationsmittel in jeder Hinsicht), dann aber vor allem Öffentlichkeit über die Situation der Bevölkerung und die Volksbewegungen im Land selbst und im Ausland herstellen hilft.

Eine solche Solidarität kann kaum von vereinzelt Gruppen oder Personen geleistet werden. Daher sind alle, die für Ecuador - aus was für Gründen auch immer - Solidaritätsarbeit leisten wollen, aufgerufen, zu helfen, daß in der Bundesrepublik die Arbeit für Ecuador koordiniert und verstärkt werden kann. Diese Arbeit kann kaum am Mangel an Informationen aus Ecuador scheitern: eine Stelle in Ecuador, die in enger Verbindung mit den verschiedenen Volksorganisationen steht, möchte Solidaritätsarbeit in der BRD anregen und unterstützen, indem sie ihrerseits Informationen aus Ecuador zur Verfügung stellt. Sie bittet dabei ausdrücklich darum, Solidarität nicht als untergeordnete Auslandsvertretung zur Beschaffung von Hilfsgütern zu verstehen, sondern als Kraft, die bewußt eine eigene Position bezieht.

Selbstverständlich sollten nicht nur die eine, sondern möglichst viele Verbindungen zu Ecuador in eine gemeinsame Arbeit eingehen, schon allein damit unnütze Doppelarbeit, die der eigentlichen Hilfe abgeht, vermieden wird. Damit der Rahmen für eine gemeinsame Arbeit möglichst schnell abgesteckt werden kann, sind alle Interessenten - auch für etwaige Rückfragen - gebeten, sich möglichst bald schriftlich an folgende Anschrift zu wenden:

Lateinamerika-Komitee
Vorderer Lech 45
8900 Augsburg

Pelayo Rojas, toter Freund

Waffenblitzend, sich täglich ihre Stärke
neu beweisend: Die Herren des Todes.
Ihr Haarschnitt kündigt Ordnung an,
Sauberkeit ihre Uniformen.
Doch brauchen sie weiße Handschuhe,
um den Schmutz an ihren Händen zu verbergen.
Laut ist ihre Musik.
Doch übertönt sie den Schrei aus den Folterkellern...?
Ihre Schuld an Deinem Tod ist nicht beweisbar,
doch seit Jahren schon sind sie der Krebs
im Körper Deines Volkes.
Gesungen hast Du sein Leid
und seine Hoffnung
mit rauher Stimme,
mit leisen Tönen,
mit kräftigen Akkorden.
Doch zu kämpferisch waren ihnen Deine Lieder ohne Haß.
Sie holten Dich erneut.
Danach war Dein Weg nur noch kurz:
Freund, Genosse, Bruder -
wir danken Dir viel.
Über Deinen Tod hinaus
beflüge unseren gemeinsamen Kampf!

Vor wenigen Monaten war Pelayo aus dem Westberliner Exil
in seine Heimat Chile zurückgekehrt. Im August starb er
in Santiago.

Wüst(e)...

Die Urlaubszeit ist zu Ende – nun tröpfeln auch die letzten Nachzügler aus dem sonnigen Süden wieder ein, die Bäume haben schon begonnen, dem Trend der Zeit folgend, ihren Blättern diese Kupferfarbe zu geben, die die Zurückkehrenden daran erinnert, daß auch dieser Sommer zu Ende gehen mußte.

Und so wie die Blätter von den Bäumen, werden in diesem Herbst bei unseren Abonnenten BRIEFE von den LATEINAMERIKANACHRICHTEN in den Briefkasten fallen.

In unserer Abonnentenkartei sieht es WÜST aus.

Manche Karteikarten sind öd und leer (wenn das Abo nie oder selten bezahlt wurde), andere sind wild und zerklüftet (bei denen, die mal ja und mal nicht bezahlten, mal viel mal wenig und sowieso, wann es ihnen einfiel).

Um ORDNUNG in die Sache zu kriegen, machen wir eine große

AUFRÄUMAKTION

nämlich:

Umstellung aller Abonnements auf Jahresbeginn.

Bisher war es so, daß bei Neu-Abos immer für ein Jahr bezahlt wurde. Wer im August abonnierte, zahlte bis August des folgenden Jahres, wer ab Mai abonnierte, bis Mai etc. Da es auf diese Weise sehr schwierig ist, zu überblicken wer wann zu bezahlen hat und wann die Abonnenten an die Zahlung zu erinnern sind, sollen von jetzt ab ALLE ABONNEMENTS AB JANUAR laufen.

Das heißt:

– Neu-Abonnenten zahlen nach Erhalt der Rechnung künftig nur den Fehlbetrag bis Dezember des laufenden Jahres und zum 31. Dezember dann den vollen Abo-Preis für das nächste Jahr (wer z.B. jetzt abonniert zahlt von Okt. 80–Dez. 80 10,- DM und bis zum 31. Dezember 35,- DM für 1981).

– wer irgendwann mal mitten im Jahr abonniert hat, bekommt von uns einen Brief über den Stand seiner Zahlungen und darüber, welchen Fehlbetrag er noch bis Ende 1981 auszugleichen hat (wer ab Juli abonniert und somit schon bis Juli 81 bezahlt hat, müßte z.B. nur noch 17,- DM für das Abo 81 zahlen.)

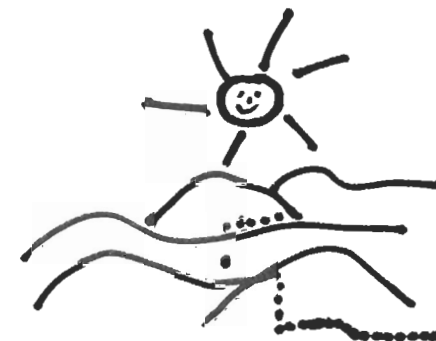
Wir nutzen diese Umstellungsaktion gleichzeitig, um eventuell noch fehlende Abzahlungen anzumahnen.

– Diejenigen, die sowieso ab Januar abonniert hatten und außerdem immer regelmäßig zahlen, machen sich und uns überhaupt keine Sorgen und brauchen auch keinen Brief zu bekommen.

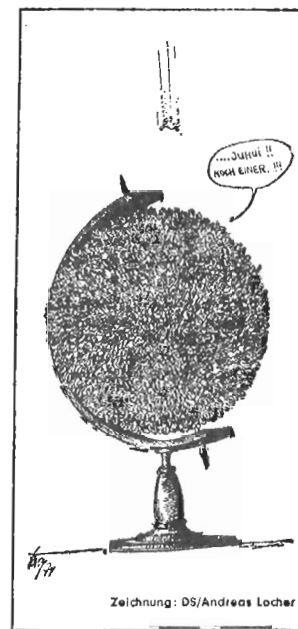
Sie sollen nur BIS ZUM 31. 12. 80 IHR ABO FÜR 1981 erneuert haben.

"Wir sind sicher, daß alles reibungslos vonstatten geht" (Zitat aus unserem Brief)

– und wir das Jahr 1981 mit einer revolutionierten Abonnentenkartei beginnen können.



Offensichtlich sind alle unsere Leser diesen Sommer in die Wüste gegangen. Die heiß ersehnten Postkarten von Palmstränden waren sehr spärlich.



Zeichnung: DS/Andreas Locher

Es gibt immer noch Leute, die Geld überweisen, ohne ihren Absender anzugeben.

WER zahlte...

... am 29.9. beim Postscheckamt

Hamburg 35,- DM für ein "Neu-Abo"?

... Welcher Aachener zahlte am 15.7. sein "ABO 80",

... und bestellt per Vorauszahlung am 19.8.80 ein "Jahres-Abo LN" in Lüneburg?

Wir bitten um sachdienliche Hinweise zur Ergreifung der Täter- in deren Interesse.

Wer auf unser Konto 0,50 DM überweist, um die Portokosten für die Gratisnummer die somit erbeten wird, zu bezahlen, sollte daran denken, daß Einzahlungs- und Buchungsgebühren und der ganze Aufwand nicht im Verhältnis zu derart wohlherzogenem Verhalten stehen. Arm sind wir, aber soo knickerig nun auch wieder nicht.

Wer für eine Gruppe oder Organisation eine Bestellung, Zahlung oder was auch immer macht, sollte immer daran denken, auch den Namen der Organisation mit anzugeben, weil es sonst für uns oft fast unmöglich ist, die richtige Kartei-Karte zu finden.

Wenn ein Abo für die Ufo-Gruppe bei H. Himmelsgrucker bestellt wird und H. Himmelsgrucker gibt bei der Bezahlung nicht an, daß man ihn in der Kartei unter U wie Ufo-Gruppe findet, können wir auf seiner Karteikarte nicht registrieren, daß er bezahlt hat.

IDES IDES IDES IDES IDES IDES IDES IDES IDES IDES

INFORMATIONSDIENST EL SALVADOR

Nr.10

Berlin

Freitag, 3.10.1980

Die zugespitzte Lage in El Salvador steht in keinem Verhältnis zu der Berichterstattung in den bürgerlichen Medien. Mit dem INFORMATIONSDIENST EL SALVADOR (IDES) wollen wir dazu beitragen, dies zu ändern.

Wir wollen in erster Linie Redaktionen, Vertretern politischer Gruppen, Gewerkschaften, Jugendverbänden, Kirchen, aber auch einzelnen interessierten Personen Informationen liefern: über El Salvador, über die Lage des Volkes, seine Kämpfe. Wir werden uns bemühen, aktuell zu berichten, aber auch regelmäßig Dokumente und Hintergrundberichte zu veröffentlichen, die es ermöglichen sollen, die aktuellen Nachrichten einzuordnen.

Der INFORMATIONSDIENST EL SALVADOR (IDES) erscheint wöchentlich. Er wird hergestellt von einer Redaktionsgruppe aus dem Nicaragua - El Salvador - Komitee Berlin.

HERAUSGEBER: Informationsstelle El Salvador e.V., München, Kiliansplatz 5. Redaktion: IDES c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, ☎ 030 - 313 50 65, Telex: 018 27 91 comp d.

Verantwortlich: A. Lüers
IDES arbeitet eng zusammen mit der europäischen Vertretung des Frente Democrático (FDR) de El Salvador

SPENDEN FÜR EL SALVADOR

MEDIZINISCHE HILFE:
MEDICO INTERNATIONAL
Stadtparkasse Frankfurt/M
KONTO 232

FÜR DIE VOLKSORGANISATIONEN:
INFORMATIONSTELLE EL SALVADOR
Ph. Hamer
Postscheckkonto München 180 769-802

Gonzalo Torrico Prada
Reiner Kornberger

NOVIEMBRE NEGRO

Massaker und Widerstand in Bolivien



ZU BEZIEHEN BEI:

verlag roter funke

VERLAG ROTER FUNKE, Klaus Mecking, Schwachhauser Heerstr. 49, 2800 Bremen 1
Tel.: 0421/ 341497 Konto: Nr. 92 86 71 Kreissparkasse Worswede (BLZ 291 523 00)